Zeitschrift für Sozialismus

Jahrgang 1 Februar 1934 Nummer 5

Revolutionärer Sozialismus

Von **Richard Kern.**

Der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie veröffentlicht im Prager „Neuen Vorwärts" vom 28. Januar eine programmatische Kundgebung: Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Das Dokument scheint uns von erheblicher Bedeutung sowohl wegen des Inhaltes als wegen der Methode, durch die dieser Inhalt gewonnen wird. Der Inhalt ist der radikale Bruch mit dem Reformismus, die Proklamierung der Machteroberung im revolutionären Kampf und die Behauptung und Festigung der Macht mit revolutionären Mitteln zum Ziel der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Die Methode aber ist der Versuch, die Taktik und die Ziele des Kampfes nicht durch fertige, als richtig vorausgesetzte Formeln zu bestimmen, sondern sie aus der objektiven Situation, den objektiven Bedingungen, also aus der immer neu zu erarbeitenden marxistischen Analyse der Tatsachen zu gewinnen. Denn nur dann kann an die Stelle von subjektiven Meinungen, Wunschbildern und Zielsetzungen die Einsicht in die objektiven Notwendigkeiten der Art des Kampfes und seines Resultats treten. Weit entfernt von jedem Fatalismus, steigert gerade dieser Weg der Erkenntnis den revolutionären Willen, die Aktivität, indem die so gewonnene Einsicht das Bewußtsein der Kämpfer und der Siegeszuversicht erfüllt, die das Wissen um die Richtigkeit des Weges verleiht.

Ueber diese Methode wollen wir hier zunächst einiges sagen.

I.

Der Versuch, die Dynamik der künftigen Entwicklung zu erkennen, stößt auf zweierlei Schwierigkeit. Die eine ist subjektiver Art: nicht wenige Marxisten unterliegen der Gefahr, das historische Geschehen, das durch überkommene Ideen, durch die verschiedenartig abgestuften Klassen- und Schichteninteressen der so mannigfach gegliederten modernen Gesellschaft außerordentlich kompliziert ist, schematisch zu vereinfachen. Oft wird ein einziges wirtschaftliches Moment allein hervorgehoben oder überhaupt das Wirtschaftliche allein betont und seine notwendige „Umsetzung im Kopfe", im Bewußtsein der so verschiedenartigen, von den mannigfachsten Ideen bewegten Schichten und Klassen vernachlässigt. Durch diese Ueberblendung des Wirtschaftlichen werden dann wesentliche und für die politische Aktion entscheidende Partien des historischen Geschehens in allzu starke Schatten getaucht.

Nun ändert der Faschismus gerade an den Fundamenten der kapitalistischen Wirtschaft nichts Wesentliches, so bedeutsam auch die Verschiebungen sind, die er durch die Unterdrückung der Arbeiterorganisationen, durch die stärkere Berücksichtigung bäuerlicher und Mittelstandsforderungen erzeugt. Die volle Wut und Wucht seiner Zerstörungskraft trifft das Geistige, den „Ueberbau". Die moderne Diktatur, die nur als totale oder gar nicht existieren kann, verneint in bewußter und gewollter Barbarei die Entwicklung, die die europäische Menschheit aus der mittelalterlichen Gebundenheit zur freien Entfaltung der Persönlichkeit, zur geistigen, moralischen und politischen Selbstbestimmung genommen hat. Und diese Entwicklung war am schwersten, aber gerade deshalb auch am bedeutsamsten in der modernen Arbeiterklasse — die kulturelle Großtat der Arbeiterbewegung. Die Faschisten suchen „den Geist zu töten, Ihr Brüder".

Um diese Sphäre geht es. So hat der Faschismus die Frage gestellt. Aber kann das die Fragestellung des Marxismus sein? Muß seine Antwort nicht einfach lauten: Stürzen wir den Kapitalismus, beseitigen wir die Klassen und damit die Klassenherrschaft, so ergibt sich die Freiheit von selbst, wie sich etwa nach den Vorstellungen eines primitiven naturwissenschaftlichen Materialismus das Denken als Abfallsprodukt aus den chemischen und physikalischen Aenderungen im Gehirn ergibt. Auch uns geht es um Freiheit. Aber die ist nur durch den Sozialismus zu verwirklichen. Im Kapitalismus gibt es keine Freiheit oder nur „formale" Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, aber nicht inhaltlich erfüllte Freiheit, Gleichheit der Lebensbedingungen und der Aufstiegsmöglichkeit.

Der Wert der Freiheit wird also bejaht, der Sozialismus ist auch für diese Auffassung Mittel, nicht Zweck — das Mittel, in Freiheit immer größere Anteilnahme des ganzen Volkes an den Gütern der Kultur zu ermöglichen und keinen Marxisten braucht gesagt zu werden, daß nur der Sozialismus diesen Zustand verwirklichen wird.

Aber damit ist die entscheidende Frage nicht beantwortet, wie Mittel zum Zweck sich verhält. Soll oder muß man den Zweck — die Freiheit — natürlich nur vorübergehend suspendieren, um zuerst das Mittel — den Sozialismus — zu verwirklichen?

Zweierlei Bemerkungen drängen sich auf. Zunächst eine prinzipielle. Die marxistische Geschichtsauffassung führt den Gehalt der jeweils geschichtlich wirkenden Ideen auf die sozialen Verhältnisse und die aus diesen entspringenden Interessen letztlich zurück. Sie macht die historische Bedingtheit der Durchsetzbarkeit der Ideen zu ihrem Forschungsobjekt. Aber sie setzt damit in keiner Weise den Wert der Ideen herab. Daß die Ideen der Freiheit, der Gleichheit oder der Solidarität nur unter bestimmten sozialen Verhältnissen entstehen konnten, ändert nichts daran, daß sie, einmal entstanden, ihren eigenen Wert behaupten, für den Menschen zu leben und zu sterben bereit sind. Und alle Enthüllung, daß Ideen bei geänderter Interessenlage von ihren bisherigen Anhängern verraten worden sind, sagt über den Wert der Ideen als solcher nichts aus,

sondern nur über die Bedingtheit ihrer Durchsetzung. Daß der Verrat bürgerlicher Schichten an der Freiheitsidee eine Tatsache ist, beweist nichts gegen die Freiheit. Es ist eine Entartung des Marxismus, wenn man die Ideen und damit den Kampf für die Ideen, grob gesagt, als Schwindel abtut oder sie wissenschaftlich ausgedrückt, „relativiert". Dieser Gefahr sind gerade manche deutsche Marxisten nicht entgangen. Die starren, zugleich nüchternen, durchsichtigen Herrschaftsverhältnisse des Obrigkeitsstaates waren politischen und damit Ideenkämpfen ungünstig. Die Sozialdemokratie, zunächst gefesselt durch das Sozialistengesetz, in einen opfervollen Kleinkrieg mit der Polizeigewalt verstrickt, dann einer übermächtigen, von der großen Volksmehrheit bejahten Staatsmacht isoliert gegenüberstehend, war nicht imstande, große politische Massenkämpfe zu entfachen. Der Kampf um der Menschheit, um der Arbeiterklasse große Gegenstände blieb abstrakt; konkret war das gewerkschaftliche und parlamentarische Ringen um Verbesserung der Lebenshaltung und Sozialreform. Die Ideologie war radikal, sozialrevolutionär, die Praxis reformistisch — bis zur politischen Abstinenz. Es war ein Widerspruch, entsprungen aus der Uebermacht des Gegners, aber psychologisch nicht als solcher empfunden, sondern überbrückt durch die Erwartung, daß die ökonomische Entwicklung mit der Erstarkung des Proletariats auch die Aenderung der Machtverhältnisse herbeiführen werde, die die Eroberung der Staatsmacht ermöglichen sollte. Die Entscheidung erschien als bloße, unmittelbare Machtfrage, die Macht selbst ganz konkret als Militär, Polizei, Kapital.

Diese Vereinfachung wirkte auch auf das Bewußtsein zurück. Die primitive Gewalttheorie Bismarcks, die Blut- und Eisentheorie färbte ab — der Marxismus wurde in manchen deutschen Köpfen sozusagen zum Bismarcksismus. In der Praxis aber führte es zu einem Zurücktreten der Kampfbereitschaft für das „nur" Politische, für große Auseinandersetzungen, die doch das Endziel, den Sozialismus, nicht unmittelbar betrafen, und zur Gefahr der Verwandlung der in ihren geistigen und politischen nicht minder, wie in ihren sozialen Zielen revolutionären Partei in eine Wirtschaftspartei der Arbeiterklasse in der vorgefundenen Gesellschaft.

Die russischen Verhältnisse haben dann in ganz anderer Situation, aber mit ähnlicher Wirkung zu dem Resultat geführt, jene stolze Tradition verächtlich zu machen, durch die die moderne Arbeiterklasse zur Erbin der großen Ideenentwicklung der Neuzeit geworden ist. Mit Marxismus nur den Kampf um die materiellen Grundlagen, nicht aber den Kampf um Ideen für vereinbar zu halten, ist also nur ein Mißverständnis.

Zum andern aber ist ja der Zusammenhang zwischen Sozialismus und politischer Freiheit durchaus nicht so eindeutig, wie er den Befürwortern einer Diktatur erscheinen mag. Gewiß, diese soll ein vorübergehender Zustand sein, eine „Erziehungsdiktatur", die nur so lange währen soll, bis die Feinde der neuen Staatsmacht und der neuen Gesellschaft zu nützlichen oder ungefährlichen Mitgliedern der Gemeinschaft erzogen sind. Aber wer bürgt für die Erziehung der Diktatoren?

Wer dafür, daß die Diktatur bei den großen Schwierigkeiten des Ueberganges nicht umschlägt in eine Diktatur gegen die Arbeiterklasse? Wer dafür, daß dann die Kraft vorhanden ist, gegen die diktatorische Staatsmacht die Freiheit zu erobern? Wer schließlich bürgt — und das ist die größte Gefahr — dafür, daß eine Arbeiterklasse, der die Freiheit während der großen wirklichen Kämpfe nicht als konkretes Ziel, sondern als entferntes Resultat der umorganisierten Wirtschaft erschienen ist, sich unter günstigen materiellen Bedingungen überhaupt für die Freiheit, die ihr als Gefährdung dieser neu errungenen Lage erscheinen könnte, auch wirklich einsetzen wird? Gegen das Beispiel des Bolschewismus läßt sich viel einwenden, aber Tatsache ist, daß auch im Innern der russischen Partei selbst die Diktatur bejaht, daß sich nicht einmal die Demokratie innerhalb der Partei, geschweige die sogenannte Arbeiterdemokratie durchgesetzt hat.

Wir könnten die Erörterung fortsetzen, aber wir fürchten, die Aussicht, den Gegner zu überzeugen, wäre nicht allzu groß. Die einen, wie die andern werden fortfahren, ihre Forderung an die revolutionäre Bewegung heranzubringen. Nach dem Siege ist nach den einen unter demokratischer Verfassung, nach den andern durch die Diktatur der Sozialismus zu verwirklichen. Und dieser Streit, was nach dem Sieg zu geschehen habe, erscheint den Streitenden bedeutsam genug, um die deutsche Arbeiterbewegung gespalten zu erhalten und so den Weg zum Sieg auf das Aeußerste zu erschweren.

II.

Um den Streit zu schlichten, müssen wir das Feld der subjektiven Erwägungen verlassen. Wir müssen die objektiven Bedingungen der Arbeiterbewegung in den faschistischen Herrschaftsgebieten zu erforschen trachten. Die Schwierigkeiten sind deshalb so groß, weil wir über die Dynamik einer solchen Entwicklung keine geschichtlichen Erfahrungen besitzen. Die Totalität der Staatsmacht, die schlechterdings alle anderen gesellschaftlichen Organisationen sowohl die der Selbstverwaltung als die der Wirtschaft restlos in die zentrale Staatsorganisation aufgenommen hat, ist eine erstmalige Erscheinung. Auf die Zeit der höchsten Organisationsentfaltung ist die Zeit der völligen Atomisierung der dem Faschismus unterworfenen Menschen gefolgt. Wie kann unter solchen Bedingungen sich eine Arbeiterbewegung entfalten, welche Methoden des Kampfes kann sie anwenden und welche Ziele ihres Kampfes muß sie sich setzen?

Man muß sich zunächst klar machen, daß der Sieg des Faschismus die deutsche — und ähnliches gilt von der italienischen Arbeiterbewegung — in eine grundstürzend neue Position gebracht hat. Ihre Kampfmethoden sind ihr durch ihre Gegner vorgeschrieben und der politische Kampf der deutschen Sozialisten ist von denen der sozialistischen Parteien in anderen Ländern ebenso verschieden wie die Diktatur Hitlers und Mussolinis von den Regierungsmethoden Frankreichs, Englands oder Dänemarks. Für irgend einen Reformismus ist einfach kein

Raum mehr, denn der Reformismus setzt zum mindesten legale Betätigungsmöglichkeit voraus. Der deutsche Kampf aber kann nur ein revolutionärer Kampf in der vollen, unmittelbaren, engeren Bedeutung des Wortes sein: Kampf mit allen Mitteln zu dem Ziel der revolutionären Machtergreifung und völliger Vernichtung des Faschismus. Diesem Ziel ist schlechthin alles und zu allen Zeiten — im Krieg und Frieden — untergeordnet, weil nur so allein die Freiheit der deutschen Arbeiter verwirklicht werden kann. Eine andere politische Bewegungsform kann es für die deutsche Arbeiterbewegung gar nicht geben und damit auch keine andere als revolutionäre Gesinnung.

Aber auch in der Wahl der Mittel sind wir nicht frei. In dem augenblicklichen Stadium ist die erste Aufgabe, die Schaffung und Ausbreitung von illegalen Organisationszentren. Die Art der Organisation ist aber weitgehend vom Zwang der Gegner auferlegt. Die russische Sozialdemokratie spaltete sich einst in Menschewiki und Bolschewiki über die Frage der Organisationsform. Die Menschewiki verfochten als Ziel eine möglichst die Massen erfassende Organisation, die Bolschewiki die Schaffung von kleinen Zirkeln, die die revolutionäre Elite umfassen sollten. Alle Sozialdemokraten — besonders eindrucksvoll Rosa Luxemburg — vertraten die Massenorganisation, die in dem zerrütteten Staatsgefüge des Zarismus eine Möglichkeit war. Für uns existiert der Streit — wenigstens heute — nicht. Nicht nur die ungeheure stärkere Staatsmacht und die Ungeheuerlichkeit ihrer Brutalität, sondern auch der augenblickliche Zustand der deutschen Gesellschaft, in dem jeder zweite Mensch ein Spitzel und freiwilliger Hilfspolizist des herrschenden Regimes ist, beschränkt die Möglichkeit der Organisation auf kleinste Gruppen, zwingt zu weitgehender Dezentralisation und zu vorsichtigstem, streng konspirativem Vorgehen. Erst die Erschütterung des faschistischen Systems durch die fortschreitende Enttäuschung der Massen wird die Möglichkeiten erweitern und den Organisationen Einflußmöglichkeiten auf die Massen verschaffen.

Das ist gewiß eine bittere Erkenntnis; denn sie zeigt die Enge der Betätigungsmöglichkeit nicht nur, sondern offenbart zugleich andere Schwierigkeiten und Gefahren. Diese kleinen konspirativen Zirkel fühlen sich — angesichts ihrer Opferbereitschaft und ihres Mutes mit hohem Recht — als eine Elite. Sie beanspruchen für die von ihnen gefundene Organisationsform leicht die alleinige Geltung, für ihre Konzeption erheben sie den Anspruch auf Führung. Soll trotz der unvermeidlichen Teilung der Arbeit in Deutschland selbst die Zersplitterung überwunden werden, so müssen diese Zentren im Ausland ihr einigendes Band erhalten.

Das ist die erste und augenblicklich wichtigste Funktion der revolutionären Leitung im Ausland. Sie muß die von ihr angeregten oder spontan sich bildenden Zentren mit allen verfügbaren Mitteln fördern, sie muß die Formen finden, die sich als lebensfähig erweisen und anderen widerraten, sie muß die gemachten Erfahrungen in ständiger engster Fühlung und Zusammenarbeit mit den Leitern der illegalen Arbeit in Deutschland für den revolutionären Kampf nutzbar machen.

III.

Die klare Erkenntnis der kompromißlosen revolutionären Situation und der durch sie geforderten Kampfmittel ist ein wichtiger Bestandteil der Prager Kundgebung. Wie aber stellt sich ihr die Dynamik der Kämpfe und die daraus abzuleitenden Ziele dar?

Die Diktatur hat die Arbeiter durch Unterdrückung ihrer Organisationen der Willkür des Kapitals ausgeliefert. Diese einseitige Verschiebung der Machtverhältnisse bedroht die Arbeiterschaft mit fortschreitender Verschlechterung der Lebenshaltung. Das zwingt die Massen zum Kampf für die Sicherung und Hebung ihrer materiellen Existenz. Aber jede Lohnbewegung ist verboten, jeder Streik wird zur politischen Rebellion. Aus dieser Situation wird mit Notwendigkeit die Forderung nach Wiederherstellung der Koalitionsfreiheit und der Schaffung sozialer Kampforganisationen der Arbeiter erwachsen. Ihre Koalitionsfreiheit ist nicht möglich ohne ihre Versammlungs-, Vereins- und Pressefreiheit. Aus den unabweisbaren Bedürfnissen der Arbeiterschaft ergibt sich so die Forderung nach politischen Rechten, entspringt der Kampf um ihre demokratische Bewegungsfreiheit. Ihre Erringung wird zur Notwendigkeit, um die Arbeiterbewegung als Massenbewegung wieder möglich zu machen. Jedes demokratische Recht wird aber zur Bedrohung der Diktatur. So erweitert sich der Kampf um die Demokratie zum Kampf um die völlige Niederringung der nationalsozialistischen Herrschaft, um die Eroberung der Staatsmacht.

Der Kampf um demokratische Rechte erscheint hier nicht als willkürliche Forderung, als Geltungsanspruch einer von vornherein vorhandenen Lehrmeinung. Er ergibt sich aus der Lage der Arbeiter, aus den Bedingungen der für sie notwendigen Kämpfe. Der Kampf um die Demokratie ist zugleich in keinem Stadium Selbstzweck. Er erweitert sich — wieder mit zwingender Notwendigkeit — zur Niederringung der faschistischen Macht, zur Eroberung der Staatsgewalt. Die so eroberte Demokratie ist nicht die Basis, der „beste Boden", auf dem die Klassenkämpfe zwischen Kapital und Arbeit, die politischen Kämpfe zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien nun wieder aufgenommen werden, etwa in der Form, in der sie vor dem Sieg des Faschismus in der Weimarer Republik geführt wurden. Der Sieg der Demokratie ist nur möglich, nachdem die nationalsozialistische Diktatur in schwerem Ringen niedergeworfen, die Gegner des Faschismus im Bürgerkrieg die Oberhand gewonnen haben. Diese Art der Eroberung der Macht bestimmt aber ihre Ausübung. Die Demokratie hat durch ihre Eroberung in einer siegreichen Revolution einen völligen Funktionswechsel erfahren. Die Staatsmacht geht auf eine starke revolutionäre Regierung über, die, getragen und kontrolliert von der siegreichen revolutionären Massenpartei, die Staatsmacht für die siegreiche Revolution zu sichern und den Staatsapparat in ein Herrschaftsinstrument der Volksmassen zu verwandeln hat.

Es ist eine merkwürdige Sache, daß die meisten Menschen die poli-

tischen Formen an sich, losgelöst von ihrem Werden, losgelöst von den gesellschaftlichen Umständen, betrachten, aus denen sie erwachsen. Und doch ist es eine primitive Erfahrung, daß z. B. das gleiche Wahlrecht, in langen Kämpfen erobert, andere Wirkungen ausübt als dasselbe Wahlrecht, oktroyiert von einer befestigten, reaktionären Regierungsmacht. Und so werden jetzt viele von der Furcht geschüttelt, die Demokratie, die den Sieg des Faschismus nicht verhindert hat, könnte zum zweitenmal die Arbeiterschaft um die Frucht des Sieges bringen, falls sie zur Demokratie zurückkehrt.

Diese sehr einfache und deshalb manche überzeugende Betrachtung vergißt nur ganz den völligen Funktionswechsel, den die Demokratie durch eine siegreiche Revolution erfährt. Der politische Umschwung von 1918 vollzog sich am Abschluß einer konterrevolutionären Entwicklung. Nicht durch den organisierten revolutionären gewollten Kampf der Arbeiterklasse, sondern durch die Niederlage auf den Schlachtfeldern wurde das kaiserliche Regime beseitigt. „Die Sozialdemokratie übernahm ohne Widerstand die Staatsführung, in die sie sich von vornherein mit den bürgerlichen Parteien, mit der alten Bürokratie, ja mit dem reorganisierten staatlichen Apparat teilte. Daß sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler, den die während des Krieges desorientierte deutsche Arbeiterbewegung beging." So heißt es in der Kundgebung.

Kann jemand sich vorstellen, daß die Wiederholung einer solchen Situation möglich ist? Hieße das nicht, die notwendige Dynamik einer echten Revolution völlig verkennen? Der aus dem Bürgerkrieg hervorgegangenen Revolutionsregierung sind ihre Aufgaben durch denselben geschichtlichen Zwang vorgeschrieben, der sie selbst zur Macht getragen hat: Zerstörung der feindlichen Staatsmacht, Aburteilung der Staatsverbrecher durch revolutionäre Gerichte, Reinigung der Bürokratie, der Justiz, des Militärs und Besetzung aller wichtigen Stellen durch Vertrauensmänner der Regierung, Sicherung der Revolution gegen die sozialen Träger der Reaktion, also entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie, Uebernahme der Reichsbank, und der Großbanken in Besitz und Verwaltung des Reichs — das wird das Minimalprogramm dieser Regierung sein, ihre ersten Maßnahmen, zu denen sie ihre Legitimation nicht von Wahlen zu erhalten braucht, weil ihre Existenz beweist, daß hinter ihr der Wille der großen Mehrheit des aktiven, kampfbereiten und kampffähigen Volkes steht, das den Sieg errungen hat.

Ist aber so die neue Staatsmacht gesichert, sind die Gegner niedergeworfen, ist der Staatsapparat, sind die wichtigsten wirtschaftlichen Stellungen fest in der Hand der Regierung, was für einen Inhalt soll dann die Diktatur haben? Sie birgt dann nur die Gefahr in sich, zur Diktatur gegen die Arbeiterschaft zu werden und einen Sozialismus zu schaffen, der vielleicht etwas materielle Verbesserung, aber sicher keine kulturelle Höherentwicklung bedeutete und sehr weit entfernt wäre von dem Ziel der „freien Assoziation" des Kommunistischen Manifests,

von dem Ziel der Aufhebung des alten Gegensatzes zwischen Staat und Gesellschaft.

IV.

Es war hier nicht der Ort, eine eingehende und vollständige Analyse des Inhalts der Kundgebung zu geben. Wir hoffen, daß ihre Gedankenführung und ihre Zielsetzungen Anlaß zu eingehender Diskussion und Selbstbesinnung geben werden. Worauf es uns hier ankam, war vor allem das Augenmerk auf die Methode zu lenken, mit der nach den Resultaten geforscht wurde, die sicher im einzelnen der Kritik unterliegen oder der Ergänzung bedürfen. Aber die Methode halten wir für fruchtbar, weil sie allein imstande ist, uns alle, in welchem Lager der Arbeiterbewegung wir vor der Katastrophe gestanden haben, von unnützem, aus einer andern Situation übernommenen Formelkram zu befreien — die Vorbedingung nicht nur für neue Erkenntnis, sondern auch für erfolgreiches Handeln. Sind doch in Wirklichkeit für die deutsche Arbeiterbewegung alle Gründe zur Spaltung nichtig geworden. Die Bedingungen, unter denen der Kampf gegen den Faschismus geführt werden müsse, machen jeden Kämpfer zum gleichen sozialistischen Revolutionär und im Verlauf des Kampfes werden sich ihnen allen die gleichen Ziele formen. Die Einheit der Arbeiterklasse, die vielleicht den Lauf der Geschichte geändert hätte, wird jetzt der Geschichte ehernes Muß. Auch einer im Kampf geeinten Arbeiterklasse stellt der Sturz des Faschismus eine furchtbar schwere Aufgabe. Wer diese Einheit der revolutionären Aktion stört um seiner orthodoxen Forderungen willen, ist kein Revolutionär, sondern Helfershelfer des Faschismus.

Klassenbewußtsein

Von **Ludwig Neureither.**

Kautskys Kritik an der Miles-Broschüre vertritt in höchster Anschaulichkeit gerade diejenigen Illusionen, die Miles zu überwinden trachtet. Das Proletariat wird zwar nicht automatisch sozialistisch, es muß aufgeklärt werden. Aber wenn nur die Menschen da sind, die es aufklären, ist seine Entwicklung zum sozialistischen Bewußtsein unvermeidlich. Die Sozialdemokratie sah zwar in der bürgerlich-demokratischen Republik die den proletarischen Interessen allein und auf alle Zeit entsprechende Staatsform. Aber dies spricht nicht für die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie, denn es gibt nicht eine bürgerliche Demokratie, sondern nur eine Demokratie schlechthin. Vor 1919 war also die Sozialdemokratie nicht bürgerlich-revolutionär, sondern sozialistisch-revolutionär, denn die Eroberung der Republik bedeutet die Erreichung des politischen Endziels. Nach 1918 war die Sozialdemokratie nicht mehr revolutionär, verteidigte den bürgerlichen Staat und den Kapitalismus, aber darum war sie nicht weniger eine klassenbewußte sozialistische Partei, denn „nach der politischen Revolution kann es keine Revolution mehr geben" und die wirtschaftliche Blüte liegt im Interesse auch des

Proletariats. Der Faschismus ist eine Episode: „einige Monate Hitler-Regierung" können uns nicht in unseren demokratischen Ueberzeugungen wankend machen. Der Faschismus hat ungebildete Massen demagogisch verhetzt. Sie werden Erfahrungen sammeln, zur Besinnung kommen und dann ist unsere Stunde da.

Es schiene uns unzweckmäßig, die falsch gestellte Frage von Demokratie oder Diktatur in der Polemik mit Kautsky noch ein übriges Mal zu erörtern. Nicht die Fortsetzung des alten Streits, nur die Vorbringung neuer Gesichtspunkte, kann hier fördern. Ohne uns daher die Aufgabe zu setzen, Kautsky Punkt für Punkt zu erwidern, wollen wir den Versuch machen, die Debatte zu verbreitern, indem wir die Frage des Klassenbewußtseins der Arbeitermassen und der Arbeiterparteien an einigen herausgegriffenen wichtigen Punkten historisch beleuchten.

Kautsky behauptet „daß Marx selbst oder Engels oder auch Lenin (vor dem August 1914) nie etwas von der Verbürgerlichung der Sozialdemokratie geahnt haben". Diese Behauptung steht im schroffsten Widerspruch zu den geschichtlichen Tatsachen. Die Frage des Klassenbewußtseins war im wachsenden Maße der Angelpunkt des politischen Denkens aller großen Sozialisten.

„Marx wußte sehr gut, daß die Einsicht in die sozialen Bedingungen und Entwicklungstendenzen die Kommunisten, später Sozialdemokraten genannt, von der übrigen Masse des Proletariats unterscheidet". Mit dieser Identifizierung des Kommunistenbundes mit der Sozialdemokratie macht es sich Genosse Kautsky etwas zu leicht. Das Kommunistische Manifest spricht nicht einfach von einer Arbeit der Kommunisten innerhalb der unaufgeklärten Arbeitermasse, es spricht davon, daß die Kommunisten, ohne eine eigene Partei zu bilden, die vorhandenen Arbeiterparteien und sonstigen revolutionären Organisationen (Chartisten, amerikanische und polnische Agrarrevolutionäre, deutsche Republikaner) unterstützen. Eine ähnliche Haltung nahm Marx später gegenüber den Blanquisten in Frankreich ein. Die Marxschen Kommunisten sollten nicht eine Massenpartei sein, wie es später die Sozialdemokratie wurde, aber ebensowenig eine Sekte, wie die heutigen Kommunisten. Sie sollten an der realen Bewegung des Proletariats teilnehmen, ungeachtet deren Schwächen und Vorurteile, sollten die Bildung von Massenorganisationen fördern, sich nicht von ihnen trennen, aber in deren Reihen klärend und wegweisend wirken. In der Praxis der achtundvierziger Revolution ergab sich eine eigenartige Abweichung von dem Programm des vorhergehenden Jahres. Die Kommunisten im Rheinland, in Baden, in Schlesien wurden zur Avantgarde der bürgerlich-demokratischen Revolution und nicht der ersten Versuche einer selbständigen Arbeiterbewegung. Die „Neue Rheinische Zeitung" widmete den Fragen des täglichen Arbeiterlebens überhaupt keine Aufmerksamkeit und Marx verachtete bitter die keineswegs belanglose, aber ihm nicht genug revolutionäre Born'sche „Arbeiterverbrüderung". Der Kommunistenbund war also so ziemlich in allen Punkten das Gegenteil einer sozialdemokratischen Partei.

Daß er das Problem der Verknüpfung der theoretisch klaren Avant-

garde mit der realen Arbeiterbewegung nicht zu lösen vermochte, gedieh ihm zum Verderben. Die Mehrheit der Mitgliedschaft, nach der Niederlage vom Proletariat endgültig losgesprengt, entwickelte in ihrer Isolierung einen religiösen Glauben an die Idee des Proletariats, der mit den wirklichen Entwicklungstendenzen der Arbeiterbewegung nichts zu tun hatte. Die Willich und Schaper sind die Vorläufer Bakunins. Marx hatte zwar instinktiv die Idee einer Avantgarde innerhalb der Arbeiterbewegung ergriffen, aber nicht in voller theoretischer Klarheit; daher konnte er sie in den stürmischen Peripetien der Revolution nicht praktisch durchführen. Nach der Niederlage mußte er die eigene Organisation zerschlagen, ohne sich über die Gründe der Katastrophe völlig klar zu sein. Hier zum erstenmal entstand als Rechtfertigung jene Theorie, die an Stelle des subjektiven Faktors den objektiven beschuldigt. Die Niederlage der Revolution war durch die neue Konjunktur herbeigeführt und in der Epoche der Reaktion und des wirtschaftlichen Aufschwungs sollte es angeblich unmöglich sein, eine revolutionäre Organisation aufrecht zu erhalten. Der historische Materialismus empfing zum erstenmal die später so verhängnisvolle fatalistische Deutung.

In der Periode der ersten Internationale sah sich Marx formierten Arbeitermassenparteien gegenüber. Er war sich keinen Augenblick im Zweifel, daß die englischen Trade-Unions, die französischen Proudhonisten, die (nicht zur Internationale gehörenden) Lassalleaner keine klassenbewußten Avantgarden seien. Aber es fehlten ihm selbst jene bescheidenen Voraussetzungen zur Schaffung einer wirklichen Avantgarde, die der Kommunistenbund geboten hatte. Die Entwicklung zeigte nachträglich dessen Charakter nochmals mit höchster Deutlichkeit auf. Der Kommunistenbund hatte sich als Produkt der bürgerlich-revolutionären Bedingungen in Deutschland, nicht als Bestandteil einer antikapitalistischen Arbeiterbewegung herausgebildet, verfiel mit dem Verschwinden dieser Bedingungen und eine neue, nicht mehr bürgerlich-revolutionäre, sondern rein proletarische Avantgarde erwies sich zunächst als unmöglich. So kamen Marx und Engels in die verzweifelte Lage, allein Avantgarde innerhalb der Weltarbeiterbewegung sein zu müssen. Dies aber hieß, auf die Organisierung einer Avantgarde verzichten. Die beiden Altmeister konnten nicht anders wirken als durch ihren ideologischen Einfluß und sie mußten daher diesen ideologischen Einfluß überschätzen; anders ausgedrückt, sie mußten die spontane Reifung der Weltarbeiterbewegung zur Aufnahme ihrer Theorie überschätzen.

Bekanntlich trieb sie das in gefährliche Fehlbeurteilungen der verschiedenen Parteien. Sie glaubten, einen Mann, Wilhelm Liebknecht, überzeugt zu haben und durch diesen Bebel. Bebel und Liebknecht aber repräsentierten die Eisenacher. So kamen sie dazu, einen Unterschied der Reife zwischen Eisenachern und Lassalleanern vorauszusetzen, der nicht bestand, und die Vereinigung zu tadeln, was zum Glück niemand beachtete. Andererseits mußten sie sich, von allzu derben Erfahrungen belehrt, von Zeit zu Zeit mit Zorn und Entsetzen davon Rechenschaft geben, daß weder die Eisenacher noch Bebel noch auch nur Liebknecht

von ihrer Theorie durchdrungen waren, daß sie sie vielmehr gar nicht verstanden. Der Gothaer Programmentwurf beleuchtete ihnen blitzartig diese Situation und veranlaßte Marx zu dem Klageruf, daß der Partei die marxistische Einsicht „nicht einmal hauttief sitze". In der Tat kann es keinen groteskeren Abstand geben als den zwischen dem spießbürgerlichen Gothaer Programm der „marxistischen" Eisenacher und dem Marxschen Programmentwurf.

So wurden die beiden in dem Widerspruch zwischen ihrem Glauben an die spontane Reifung der Arbeiterklasse und ihren bitteren Erfahrungen über die dauernde und unveränderliche Unreife auch der Besten hin- und hergeworfen. Darum konnten sie vor allem taktisch der deutschen Sozialdemokratie nicht weiterhelfen. Weit entfernt davon, von der Verbürgerlichung der Sozialdemokratie „nichts zu ahnen", hat vielmehr Engels während des ganzen Sozialistengesetzes mit dem Gedanken der Spaltung der Partei gespielt. Darüber kann seit der Veröffentlichung seines Briefwechsels mit E. Bernstein kein Zweifel mehr bestehen. Aber als er sich der wirklichen Spaltung in Gestalt der „Jungen" gegenübersah, sah er sich genötigt, gegen die Spalter für die ganze Partei, wie sie war, mit all ihren verhaßten bürgerlichen Elementen Stellung zu nehmen. Denn es wurde als Resultat des Sozialistengesetzes nun völlig klar, daß die auf Wahlen und Wirtschaftskämpfe gestellte Parteitaktik die einzige war, die Existenz und Wachstum einer Massenpartei ermöglichte. Sobald der revolutionäre Flügel der deutschen Sozialdemokratie versuchte, der geübten Taktik eine andere gegenüberzustellen, geriet er unvermeidlicherweise in den Anarchismus. Es war bewiesen, daß die Bedingungen des Erfolges der Arbeiterpartei in der bürgerlichen Gesellschaft mit den Bedingungen ihrer Verbürgerlichung zusammenfielen. Der alte Engels mußte die revolutionäre Fanfare seines Vorworts zu dem „Bürgerkrieg in Frankreich" in eine Schamade verwandeln, um der Parteiführung die Durchsetzung ihrer Taktik im Bündnis mit den bürgerlichen Elementen der Partei gegen die Avantgarde der Berliner Arbeiterschaft zu ermöglichen. Am Ende wie am Anfang des politischen Wirkens der beiden Altmeister steht das Problem des Klassenbewußtseins.

Es kennzeichnet die Großen, daß sie jenseits aller Formeln, in denen sie sich ausdrücken, ein unmittelbares Verhältnis zum Stoff haben, den sie bearbeiten. Marx und Engels haben ihr Leben lang das Verhältnis zwischen Avantgarde und Masse, zwischen sozialistischer Theorie und praktischer Arbeiterbewegung, zwischen objektiv-revolutionären Antriebskräften und subjektiven bürgerlichen Ideologien im Proletariat nicht klar zu bestimmen vermocht. Aber sie haben die Spannung zwischen diesen Faktoren ihr Leben lang empfunden und mit ihr halb unbewußt gerungen. Es kennzeichnet die Epigonen, daß sie, was die Großen gedacht, in ein System formal übereinstimmender Formeln bringen und ihm dadurch den Schein des Abgeschlossenen geben. Die Epigonen haben Marx' und Engels' sorgenvolle Kritik an der Arbeiterbewegung in Worten anerkannt, gleichzeitig aber unterstellt, daß diese Kritik jetzt schon

Allgemeingut, daß die Partei eine sozialistisch-revolutionäre Partei sei. Die Rolle des offiziellen Marxismus von 1890—1914 erschöpfte sich fast ausschließlich darin, die Spannung zwischen der revolutionären Theorie und der unvermeidlicherweise bürgerlichen Aktivität der Arbeitermassenpartei zu leugnen. Gerade diese Verdeckung der Wirklichkeit durch eine apologetische Theorie ließ dann den 4. August als eine unverständliche Katastrophe erscheinen.

Aber auch die in den letzten Jahren vor dem Kriege entstandene revolutionäre Linke vermochte das Problem des Klassenbewußtseins nicht wirklich ernst zu nehmen. Rosa Luxemburg und ihr Kreis erkannten zwar bis zu einem gewissen Grade den bürgerlichen Charakter der Parteipolitik, aber sie vermochten noch weitaus weniger als Marx und Engels die Idee einer Avantgarde innerhalb einer Massenbewegung zu entwickeln. Unfähig, organisatorisch konkret den Weg zur Schaffung einer revolutionären Führung in der heranwachsenden revolutionären Situation zu zeigen, waren auch sie gezwungen, sich einerseits auf ihren ideologischen Einfluß, andererseits auf die diesem Einfluß entgegenkommende Spontaneität der Massen zu verlassen. Sie mußten dementsprechend noch immer die Verbürgerlichung der Bewegung unterschätzen, die revolutionäre Reife der Massen und ihren eigenen Einfluß ungeheuer überschätzen. Im Entscheidenden, in der Beurteilung des Charakters der Partei, unterschieden sie sich nicht grundsätzlich von der offiziellen Parteitheorie. So wurden sie in einen eigenartigen Widerspruch hineingetrieben: Den revolutionären Charakter der Partei zu behaupten, während sie gleichzeitig den bürgerlichen Charakter der Parteipolitik bitter anklagten. In solcher Verwirrung blieb ihnen nichts übrig als alles Ueble in der Führung und demzufolge alles Heil im unmittelbaren proletarischen Klassenbewußtsein zu sehen. In einem entscheidenden Punkt war die deutsche Linke in die Nähe des Syndikalismus geraten. Wiederum hatte eine potentielle Avantgarde zu ihrem politisch-organisatorischen Versagen eine Rechtfertigungstheorie gemacht. Wie seinerzeit Marx das Scheitern des Kommunistenbundes dahin deutete, daß revolutionäre Organisationen nur in akut-revolutionären Situationen möglich seien, so schob jetzt Rosa Luxemburg — der diese Deutung durch das klar erkannte Herannahen einer revolutionären Situation versperrt war — das eigene Versagen auf die verbürgerlichte Führung der Bewegung.

Es ist Lenin, der die Frage des Klassenbewußtseins in Theorie und Praxis ein wirkliches Stück weiterbrachte. Als der Kreis der „Iskra" eine Organisation von Berufsrevolutionären schuf, begnügte sich Lenin nicht damit, dies durch die Bedürfnisse der konspirativen Technik zu rechtfertigen. Das Proletariat, erklärte er in „Was tun?", entwickelt aus sich selbst nur ein trade-unionistisches Bewußtsein, d. h. ein Bewußtsein seines Gegensatzes zu den einzelnen Kapitalisten, nicht seines Gegensatzes zum Kapitalismus. Lenin meinte natürlich nicht, daß das ganze Bewußtsein des Proletariats durch Betriebsfragen ausgefüllt sei. Die Gegensätze im Betrieb waren für ihn der einzige Punkt, an dem das Proletariat sich des Klassengegensatzes überhaupt bewußt werden

konnte. In allen anderen Fragen — konkret: In den großen Fragen des politischen Kampfes — hat das Proletariat nach Lenin ein bürgerliches Bewußtsein und muß ein solches haben. Denn bürgerliche Lebensbedingungen schaffen spontan bürgerliches Bewußtsein und nur die theoretische Einsicht in die zwangsläufige Entwicklung der Widersprüche des Kapitalismus kann bei einer kleinen Zahl von Individuen ein echtes sozialistisches Denken hervorrufen. Hieraus ergab sich für Lenin die Forderung, der nicht nur konspirativen, sondern auch politischen Abschließung der Organisation der Berufsrevolutionäre. Die Reinheit der sozialistischen Führung sollte die spontanen bürgerlichen Tendenzen des Proletariats überwinden.

Bekanntlich ist um dieser Auffassung willen die russische Sozialdemokratie gespalten worden. Gerade die Spaltung bedeutete jedoch im weiten Umfang ein Scheitern der Leninschen Konzeption, wies auf deren wunden Punkt hin. Lenin hat die Spaltung ursprünglich nicht gewollt und nicht vorhergesehen. Sie brach über ihn herein, als er vor die Wahl gestellt wurde, seine organisatorische Grundauffassung aufzugeben oder zu spalten. Die Spaltung hatte jedoch zur unvermeidlichen Folge, daß die Organisation der Berufsrevolutionäre die sichere Führung des Proletariats aus der Hand verlor. Der Einfluß der Bolschewiki in der Revotion von 1905 war alles eher als vorherrschend. Lenins Gruppe wäre unvermeidlicherweise zerfallen oder zur Sekte erstarrt, wenn nicht mächtige spontane Antriebskräfte in den Massen ihr ermöglicht hätten, die ursprüngliche Konzeption — diktatorische Führung ungeheurer Massen durch eine kleine Führergarde — zu verwirklichen. Diese spontanen Antriebskräfte, die die Bolschewiki 1917 zur Macht trugen, waren aber nicht proletarisch-revolutionäre, sondern durch und durch bürgerliche. Die demokratischen Sozialisten verloren die Macht nicht, weil sie den Sozialismus nicht verwirklichten — das erklärte damals auch Lenin nicht zu wollen — sondern weil sie Land und Frieden nicht zu geben vermochten. Die bolschewistische Revolution hat die entscheidende Bedeutung einer sozialistisch-revolutionären Avantgarde aufgezeigt. Aber diese Avantgarde wäre an der Spaltung gescheitert, wenn ihr nicht die spontane bürgerlich-revolutionäre Bewegung zu Hilfe gekommen wäre.

In West-Europa kam ihr die bürgerliche Revolution nicht zur Hilfe, denn dort war sie vorbei; der Versuch der Bolschewiki, durch Spaltung eine Avantgarde in West-Europa zu schaffen, scheiterte dementsprechend. Der Leninsche Grundfehler, den in Rußland eine günstige Konstellation verschleierte, offenbarte in West-Europa seine ganze verhängnisvolle Tragweite. Worin bestand dieser Grundfehler? Was zwang Lenin die Spaltung auf? Wiederum das unzureichende Ernstnehmen seiner eigenen Auffassung vom Bewußtsein des Proletariats in der bürgerlichen Gesellschaft. Wer die Theorie von dem notwendig bürgerlichen Bewußtsein der Arbeitermassen ernst nimmt, muß darauf gefaßt sein, daß dieses bürgerliche Bewußtsein sich in Strömungen und Richtungen innerhalb der Arbeiterklasse ausdrückt, die — jedenfalls im nichtrevolutionären Alltag —

unbedingt die große Mehrheit der Arbeiterklasse mit sich führen müssen. Wen diese Tatsache so überrascht und erschreckt, daß er daraus die Folgerung der Trennung von der Massenbewegung zieht, der hat vor den bürgerlichen Massenkräften von vornherein kapituliert, ohne sich darum vor dem Eindringen der bürgerlichen Ideologie auf Umwegen in den eigenen Kreis zu schützen. Auch Lenin vermochte nicht eine Methode zu finden, um die Forderung des Kommunistischen Manifests: Solidarisches Mitkämpfen der sozialistischen Revolutionäre innerhalb der unklaren Massen zu verwirklichen. Dadurch kam seine praktische Haltung in manchen Punkten den Mängeln der Marxschen sehr nahe. Gleich Marx empfand er in instinktiver Besorgnis die bürgerliche Gebundenheit der westeuropäischen Arbeitermassen. Gleich Marx schreckte er mit gutem Recht vor dem Gedanken der Spaltung der großen Massenparteien zurück. Und wie Marx und Engels schwankte er zwischen tiefer Verbitterung und Ueberschätzung des revolutionären Wertes der Massenparteien. Genosse Kautsky hat vor dem Kriege manchmal keinen glühenderen Gläubigen gehabt als Lenin.

Umso heftiger war die Wirkung des Zerfalls dieser Illusion im Jahre 1914. Hätte Lenin aus seiner Theorie des Klassenbewußtseins eine richtige Einschätzung der westeuropäischen Arbeiterparteien abgeleitet, dann wäre das Geschrei über den Verrat der Führer und die Gründung der III. Internationale der europäischen Arbeiterbewegung erspart geblieben. Aber das hätte vorausgesetzt das Verhältnis von sozialistischer Avantgarde und verbürgerlichter Arbeitermasse richtig zu bestimmen. Ueber Nacht sah Lenin, daß der Weg der deutschen Sozialdemokratie, an die er noch mehr geglaubt hatte als Rosa Luxemburg und ihr Kreis, nicht zur Revolution, sondern zum Burgfrieden führte. Und nun hatte er kein anderes Rezept, als das schon in Rußland angewendete: Die Spaltung. Nun mußte er den syndikalistischen Unsinn vom Verrat der Führer übernehmen. Immerhin war er ein zu weitsichtiger Marxist, um sich damit zu begnügen. Er wußte, daß Klassen sich nicht betrügen lassen. Er sah sich gezwungen, nach der sozialen Wurzel der Katastrophe zu suchen. Hätte er auf seine alte Theorie von der Bürgerlichkeit der g a n z e n Arbeiterklasse zurückgegriffen, es hätte keine Rechtfertigung für die Spaltung gegeben. So entstand als „marxistische" Rechtfertigungstheorie für die Spaltung die Lehre von der A r b e i t e r a r i s t o k r a t i e.

Wir ersparen uns ihre Kritik. Sie ist mit Recht außerhalb der Komintern nie ernst genommen worden. Nur darauf wollten wir hinweisen, daß es bei Lenin zwei einander radikal widersprechende Theorien des Klassenbewußtseins gibt: Die von 1902 und die von 1914. Die erste scheiterte praktisch in der Spaltung von 1903. Lenin erlebte eine Periode grundsatzlosen Schwankens und grober Illusionen, um dann 1914 die zweite, die Rechtfertigungstheorie der Spaltung zu entwerfen und dauernd festzuhalten.

Eine potentielle Avantgarde muß entweder im Prozeß der Reifung und Verbreiterung zur wirklichen Führung der Bewegung werden oder

sie muß versekten, verkommen und zerfallen. Der Kommunistenbund, die Führergarde der ersten Internationale, die bei der KPO gelandeten deutschen Linksradikalen und die westeuropäischen Kommunisten hatten das letztere Schicksal. Eine Avantgarde, die nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe steht, sinkt unvermeidlicherweise unter das Niveau des Durchschnitts der Bewegung, weil sie sich durch sektenhaften Hochmut der lebendigen Fühlung mit dem täglich sich erneuernden wirklichen Klassenkampf entzieht, der allein die Theorie lebendig erhalten und zur praktischen Auswirkung bringen kann. Bei den Kommunisten war im Augenblick der deutschen Katastrophe zwar sehr viel persönlicher Mut, aber im Durchschnitt beträchtlich weniger lebendiges Klassenbewußtsein, als bei ihrem angeblich „sozialfaschistischen" und in der Tat verbürgerlichten sozialdemokratischen Konkurrenten. Das bürgerliche Bewußtsein strömt manchmal durch eigenartige Kanäle ein.

Schon Hegel wußte, daß das Wesen großer geschichtlicher Bewegungen nicht erfaßt werden kann, indem man sie an einem von außen an sie herangebrachten Wertmaßstab mißt. Genosse Kautsky sündigt gegen diese Grundregel echter historischer Methode, indem er den Klassencharakter der Arbeiterbewegung nach ihrem Verhältnis zu bestimmten Formeln über Staat und Revolution beurteilt. Er glaubt den sozialistischen Charakter der Arbeiterbewegung bewiesen, wenn er zeigt, daß ihr Programm der demokratischen Republik das einzig mögliche sozialistische Programm ist. Heckert und Münzenberg halten den Klassencharakter ihrer Partei für gesichert, weil sie auf die Formeln der stalinistischen Diktatur schwören. Walcher und Trotzky halten die auf dem Papier entstehende IV. Internationale für die einzige echte Klassenorganisation, weil ihre Zeitschriften die Formeln der Sowjetdemokratie vertreten. Die Methode ist immer dieselbe und immer gleich unzulänglich. Es ist die idealistische Methode.

Marxismus heißt, das Wesen einer Bewegung aus ihrem Entwicklungsgesetz erfassen. Formeln spielen in der wirklichen Entwicklung eine gewisse, aber bei weitem nicht die entscheidende Rolle. Die Formeln der Vorkriegssozialdemokratie waren marxistisch. Aber wir hoffen skizzenhaft gezeigt zu haben, daß das wirkliche Entwicklungsgesetz des sozialistischen Denkens — und dahinter der wirklichen Arbeiterbewegung — das Ringen mit dem bürgerlichen Charakter des Bewußtseins der Arbeitermassen war.

Indem wir zeigen, daß dieses Ringen permanent ist und bis heute keine befriedigende Lösung fand, zeigen wir, daß hier nicht eine beliebige überwindbare Rückständigkeit, sondern Grundproblem und Grundwiderspruch der Arbeiterbewegung liegt. Der Streit um die Staatstheorie als des für die revolutionären Perioden entscheidenden Teiles der Gesamttheorie ist ein Element innerhalb dieses Ringens. Wir werden ihm noch eine besondere Betrachtung widmen.

Die Ordnung der nationalen Arbeit

Von **Leopold Franz.**

Am Schlusse meines Aufsatzes „Die Gewerkschaften im faschistischen Deutschland" (Heft 4 dieser Zeitschrift) habe ich darauf hingewiesen, daß die Auflösung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände und die Umgestaltung der „Deutschen Arbeitsfront" zu einer Einheitsorganisation einzelner Arbeitgeber und Arbeitnehmer notwendig auch zu einer Umgestaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung führen müsse.

Der „Kollektivismus" der Weimarer Zeit muß naturgemäß in dem Augenblick auch rechtlich verschwinden, in dem die Organe dieses sozialpolitischen Systems zu bestehen aufgehört haben. „Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" vom 20. Januar 1934 schafft die neuen rechtlichen Grundlagen für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Seine sieben Abschnitte befassen sich mit „Führer des Betriebes und Vertrauensrat" (I), „Treuhänder der Arbeit" (II), „Betriebsordnung und Tarifordnung" (III), „Soziale Ehrengerichtsbarkeit" (IV), „Kündigungsschutz" (V), „Arbeit im öffentlichen Dienst" (VI), „Schluß- und Uebergangsvorschriften" (VII).

Es ist kein Zweifel, daß es sich um die wesentlichste Bekundung nationalsozialistischen Geistes handelt, daß der „Sozialismus" des Regimes sich in diesem Gesetz in einer Form dokumentiert, die als feudalisierter Monopol-Kapitalismus bezeichnet werden muß.

A.

I. „Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat" — so beginnt das Gesetz im § 1. Der gesamte 1. Abschnitt legt nur die souveräne Entscheidungsgewalt des „Führers" in allen betrieblichen Angelegenheiten fest. Der Führer entscheidet gegenüber der Gefolgschaft. Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen, die ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten hat (§ 2). Der Führer kann einen Stellvertreter ernennen, welcher dann die Führerfunktionen ausübt. In bestimmten Fällen muß ein Stellvertreter bestimmt werden. Wird dem Führer die Führerbefähigung durch das Ehrengericht aberkannt, so ist ein anderer Führer zu bestellen (§ 3). Dem Führer treten Vertrauensmänner zur Seite, die mit ihm zusammen den „Vertrauensrat" des Betriebes bilden. Der Führer (Arbeitgeber) leitet den Vertrauensrat. Er stellt gemeinsam mit dem Obmann der nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation die Liste für die Vertrauensmänner auf, die der „Deutschen Arbeitsfront" angehören, vorbildliche menschliche Eigenschaften besitzen müssen und von denen erwartet werden darf, daß sie „jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat" eintreten werden. Die Belegschaft kann zu dieser Liste nur ja und nein sagen. Lehnt sie sie ab, oder kommt zwischen dem Arbeitgeber und dem

Obmann eine Einigung nicht zustande, so kann der Treuhänder der Arbeit die Vertrauensmänner berufen. (§ 9.) Am 1. Mai eines jeden Jahres haben die Vertrauensmänner vor der Gefolgschaft das feierliche Gelöbnis abzulegen, in ihrer Amtsführung nur dem Wohle des Betriebes und der Gemeinschaft aller Volksgenossen zu dienen und in ihrer Lebensführung und Diensterfüllung der Belegschaft Vorbild zu sein. (§ 10.) Von den Funktionen der alten Betriebsvertretungen (Arbeiterrat, Angestelltenrat und Betriebsrat) ist dem Vertrauensrat nur ein kleiner Rest geblieben. Er kann gegen Entscheidungen des Arbeitgebers über die Gestaltung der allgemeinen Arbeitsbedingungen (Betriebsordnung) mit Mehrheit beim Treuhänder der Arbeit Beschwerde einlegen. (§ 16.) Vertrauensmänner können grundsätzlich nicht gekündigt, aber vom Treuhänder abberufen werden.

II. Die Treuhänder der Arbeit sind Reichsbeamte; unterstellt dem Reichsarbeitsministerium und an dessen Richtlinien und Weisungen gebunden. (§ 18.) Sie kontrollieren die Vertrauensräte, berufen sie und setzen sie u. a. ab, entscheiden über Beschwerden des Vertrauensrats und über Entlassungen, überwachen die Durchführung der Betriebsordnung, setzen fest und überwachen Tarifordnungen, wirken bei der sozialen Ehrengerichtsbarkeit mit und können bestimmte Aufgaben einem Sachverständigenausschuß übertragen. (§ 19.) Dem Treuhänder ist die beabsichtigte Stillegung von Betrieben und Betriebsabteilungen anzuzeigen. (§ 20.) Der Sachverständigenausschuß wird vom Treuhänder berufen, u. zw. drei Viertel der Mitglieder aus Vorschlagslisten der „Deutschen Arbeitsfront", die „in etwa gleicher Zahl" Arbeitgeber und Vertrauensmänner nominieren soll, das restliche Viertel beruft der Treuhänder nach seinem Ermessen. (§ 23.) Wiederholte Zuwiderhandlungen gegen schriftliche allgemeine Anordnungen der Treuhänder werden mit Geld- oder mit Gefängnisstrafen geahndet. (§ 22.)

III. In jedem Betrieb mit in der Regel mindestens zwanzig Beschäftigten hat der Führer eine Betriebsordnung schriftlich zu erlassen, deren Inhalt im wesentlichen der alten Arbeitsordnung entspricht. (§ 17.) Bußen wegen Verstoßes gegen die Betriebsordnung werden vom Führer nach Anhörung des Vertrauensrats (dessen Vorsitzender wiederum der Arbeitgeber selbst ist) verhängt. (§ 28.) Der Treuhänder kann nach Beratung im Sachverständigenausschuß Richtlinien für die Gestaltung dieser Betriebsordnungen erlassen. (§ 32 I.)

Nur dann, wenn „zum Schutze der Beschäftigten einer Gruppe von Betrieben . . . die Festsetzung von Mindestbedingungen zur Regelung der Arbeitsverhältnisse zwingend geboten" ist, erläßt der Treuhänder nach Beratung im Sachverständigenausschuß eine Tarifordnung. (§ 32 II), die als Mindestbedingung für die einzelnen Arbeitsverhältnisse gilt.

IV. Arbeitgeber wie Belegschaft unterstehen einer sozialen Ehrengerichtsbarkeit. (§ 31.) „Im steten Bewußtsein seiner Verantwortung" hat jedes Mitglied der Betriebsgemeinschaft „seine volle Kraft dem Dienst des Betriebes zu widmen und sich dem gemeinen Wohl

unterzuordnen". Gröbliche Verstöße gegen die soziale Ehre — Beispiele dafür bietet § 36 — werden geahndet. Wichtig ist, daß insbesondere strafbar ist, wenn „Angehörige der Betriebsgemeinschaft wiederholt leichtfertig unbegründete Beschwerden oder Anträge an den Treuhänder der Arbeit richten oder seinen schriftlichen Anordnungen hartnäckig zuwiderhandeln". (§ 36, Ziff. 3.) Strafen sind (§ 38) Warnung, Verweis, Ordnungsstrafe bis 10.000 RM., Aberkennung der Fähigkeit, Führer oder Vertrauensmann zu sein, Entfernung vom Arbeitsplatz. Ueber die strafbaren Handlungen entscheidet auf Antrag der Treuhänder das Ehrengericht (§ 41), das aus einem Richter, einem Führer und einem Vertrauensmann zusammengesetzt ist, und gegen dessen Entscheidungen in bestimmten Fällen (§ 49) Berufung an den Reichsgerichtshof (§ 50) zulässig ist, der aus zwei Richtern, einer weiteren von der Reichsregierung bestimmten Person, einem Führer und einem Vertrauensmann besteht.

V. Das bisherige im Betriebsrätegesetz verankerte Kündigungsschutzrecht ist in jeder Beziehung verschlechtert. Nur Arbeitnehmer mit mindestens einjähriger Beschäftigung im gleichen Unternehmen können auf Widerruf der Kündigung klagen (§ 56), die Höchstentschädigung, die der Arbeitnehmer bei einem erfolgreichen Rechtsstreit erhalten kann, ist nunmehr höchstens nur noch $^{4}/_{12}$ des Führergehalts. (§ 58.)

VI. Auf Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst findet das Gesetz keine Anwendung. Eine Sonderregelung ist angekündigt, (§ 58.)

VII. Außer Kraft treten: Das Betriebsrätegesetz mit seinen Nebengesetzen, Betriebsbilanz- und Aufsichtsratsgesetz, die Tarifvertragsverordnung, die Schlichtungsverordnung, das Treuhändergesetz, das Gesetz über die Beisitzer der Arbeitsgerichtsbehörden, die Stillegungsverordnung, die entscheidenden Teile des Hausarbeitsgesetzes; die Arbeitszeitverordnung wird in erheblichen Punkten geändert, insbesondere fallen die Anhörungsrechte der Betriebsvertretungen und der Gewerkschaften fort. (§ 65, 66 ff.)

B

Die Beantwortung der Frage nach dem sozialpolitischen Sinne des Gesetzes ist außerordentlich einfach: Es stabilisiert die aktuelle Diktatur des Arbeitgebers, gibt aber potentiell dem Staat entscheidende Rechte, während es den Einfluß der Belegschaft und der Gesamtarbeiterschaft völlig ausschaltet und die Nacktheit dieses Systems mit germanisch-feudaler Rechtsterminologie umkleidet.

Der Weimarer Staat stellte seine arbeitsrechtlich-sozialpolitische Intervention auf drei Pfeiler: die unmittelbare Staatsintervention (im besonderen in der Sphäre des Arbeitsschutzes und der Versicherung, in der Schlichtung),

die belegschaftliche Mitwirkung im Betrieb, im besonderen im Betriebsrätegesetz,

und die gewerkschaftliche Mitwirkung auf dem Arbeitsmarkt (teil-

weise auch in der Betriebsführung), verwirklicht im besonderen in Tarifvertragsordnung, Schlichtungsverordnung und den zahllosen Mitwirkungsrechten in Staatsorganen (soziale Selbstverwaltung).

Im Betrieb war die absolute Monarchie des Arbeitgebers gebrochen worden, der Betrieb konstitutionalisiert worden. Die Betriebsgesetzgebung (Erlaß der Arbeitsordnung . . .) mußte gemeinschaftlich durch Arbeitgeber und Betriebsvertretung erfolgen, die Betriebsverwaltung lag zwar in der Hand des Arbeitgebers, war aber durch gewisse Mitwirkungsrechte beschränkt, die Betriebsrechtssprechung (Verhängung von Strafen) konnte nach dem Betriebsrätegesetz nur gemeinsam durch Betriebsinhaber und Betriebsvertretung erfolgen. Die Betriebsräte waren im Aufsichtsrat vertreten, sie konnten — wenn auch unzulänglich — in die Bilanz Einsicht nehmen.

Von dieser Betriebsdemokratie ist nichts übriggeblieben. Alle Entscheidungen — Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung — liegen beim Führer = Arbeitgeber. Er erläßt die Betriebsordnung, er verwaltet den Betrieb, er allein straft gemäß der Betriebsordnung. Die Vertrauensmänner, von ihm ernannt, der Vertrauensrat, von ihm geleitet, sie haben nur beratende Funktionen, sind nur Ornament, Relief und Verhüllung seiner unumschränkten Gewalt. Er, der Führer, ist wieder Herr im Hause. Seine individuellen Entscheidungen sind unangreifbar, vor wirklichen Arbeitervertretern ist er geschützt durch die Strafbarkeit der „Denunziation", nur seine allgemeinen Betriebsordnungen (Betriebsordnung) sind durch Beschwerde beim Treuhänder angreifbar. Die Vertretung in den Aufsichtsräten ist beendet. Die feinen Herren sind wieder unter sich.

Die Mitwirkung der Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt ist nunmehr auch rechtlich zu Ende. Die Idee der Parität, schöner Schein einer auch von den Gewerkschaften ungern gesehenen Wirklichkeit, ist zusammen mit dem Gedanken der sozialen Selbstverwaltung im Grabe versunken.

Eine kollektive Lohnregelung existiert nicht mehr. Nicht einmal staatlich festgesetzte Mindestlöhne sieht das Gesetz für den Regelfall vor. Nur in Ausnahmefällen, wenn es zum Schutze der Beschäftigten zwingend geboten ist, kann der Treuhänder eine Tarifordnung erlassen. Die Lohnfestsetzung liegt im Regelfalle beim Arbeitgeber. Eine so offene und nackte Enthüllung des wahren Geistes des Nationalsozialismus, schien jedem von uns unmöglich, glaubten wir doch, daß man zu den Methoden des faschistischen Korporationssystems greifen würde, um die Verkleidung der Kapitalherrschaft komplizierter zu gestalten. Die Tatsache, daß das Gesetz zur Regelung der nationalen Arbeit sich grundsätzlich für individuelle Lohnregelung entscheidet, stellt Deutschland auch sozialpolitisch an das Ende der Nationen.

Der potentielle Einfluß der Treuhänder und des Ministeriums ist ungeheuer stark. Es ist unwahrscheinlich, daß Aenderungen in den Personen der bisherigen Treuhänder erfolgen werden. Wahrscheinlich wird

nur Pg. Engel-Berlin, der einzige aus dem Arbeiterstande stammende Treuhänder auf der Strecke bleiben. Wie dem auch sei: die bisherige Praxis der Treuhänder hat gezeigt, daß sie willige Diener ihrer früheren Herren, der Arbeitgeberverbände, waren.

C

Verständlich werden eine Reihe von Bestimmungen erst im Zusammenhang mit dem politischen System. Stärker als alle betrieblichen Bindungen und Gegensätze sind zur Zeit die Ueber- und Unterordnungsverhältnisse innerhalb der SA und SS. Was der Prolet an sozialen Rechten verloren hat, erhält eine „Elite" von ihnen in der SA wieder. Dort kann der „Intellektuelle", der „Doktor", geschunden werden. Dort wird „Volksgemeinschaft" exerziert, der „Führer" im Betrieb mag dort der Geschundene sein, wenn es sich um Kleinbetriebe handelt. Aber bereits jetzt beginnt das Kapital sich die Hierarchie innerhalb der SA nutzbar zu machen. Wenn der Betriebsinhaber Nichtarier, wenn er politisch vorbelastet, wenn er bei der Belegschaft unbeliebt ist und nicht selbst in der SA einen hohen Rang hat, so kann er zu seinem Stellvertreter einen hohen SA-Bonzen bestellen, der dann — mit hohem Gehalt — alle Führerfunktionen ausübt. Diese Fälle sind bereits Legion. Kaum existiert noch eine größere jüdische Firma, die nicht an leitender Stelle einen alten verdienten Pg. beschäftigt, der jeder sozialpolitischen Forderung der Belegschaft mit dem Sprichwort des deutschen Sozialismus entgegentritt „Gemeinnutz geht vor Eigennutz".

Die „soziale Ehrengerichtsbarkeit" ist die rechtliche Organisation der Erpressung, ist die Verfassung eines Gangstersystems, das ja wesentliche Grundlage des heutigen Regimes ist. Es wird entweder zur Ausmerzung der Juden aus Industrie und Handel zugunsten arischer Konkurrenten führen oder aber sie mit einer unerhörten Sondersteuer belasten, die sie zahlen müssen, wenn sie das Ehrengerichtsverfahren vermeiden wollen. Das Verfahren ist weiter eine grausame Waffe gegen jede politische, vor allem aber auch die unpolitische, nur auf Sozialreform gerichtete Opposition innerhalb der Betriebe.

D

Es ist an sich sinnlos, die Ideologie dieses Gesetzes analysieren zu wollen. Moritz J. Bonn hat einst das deutsche Nachkriegssystem als neuen Feudalismus bezeichnet, als Bündnis von Industrie, Bürokratie, Militär und Sozialismus. Der Sozialismus war ein manchmal unbequemer jedenfalls aber unpassender Alliierter. Er ist ausgemerzt. Die drei Reste allerdings repräsentieren diesen neuen Feudalgeist in aller Reinheit.

Das Recht der „Germanischen Zeit" ist auferstanden. Vielleicht hat ein Referent im Ministerium sich an Brunners „Deutsche Rechtsgeschichte" erinnert, vielleicht hat er sogar einmal Otto von Gierkes Büchlein über die Entstehung des Dienstvertrages zur Hand genommen.

Er wird gelesen haben, daß in germanischer Zeit Gefolgsherr und

Gefolgschaft einen Frondienstvertrag geschlossen hatten, der den Herrn zu Schutz, Unterhalt und Ausrüstung, den Gefolgsmann zu Treue und Dienstbereitschaft, insbesondere im Krieg, verpflichtete. Er wird gefunden haben, daß mit dem Auftreten von Reiterheeren sich aus Vasallität und Benefizialwesen das Lehenswesen entwickelt hat, daß auch der Lehnsherr als Gefolgsherr mit den Belehnten Treudienstverträge schlossen, die ähnlichen Inhalt hatten.

Zu diesen feudalen Elementen wurde ein wenig mittelalterliches Gildenrecht (mit Disziplinargerichtsbarkeit) hinzugemischt — und die neue Ideologie des sozialen Rechts war fertig. Schade nur, daß jeder Rechtsinstitution ein bestimmter sozialer und ökonomischer Hintergrund entspricht und daß ein für den Markt arbeitendes, auf Privateigentum beruhendes Wirtschaftssystem zu diesen Rechtsinstitutionen genau so paßt, wie der moderne zentralisierte Staat zu den Verfassungsformen der feudalen Staaten, dem eine Zentralgewalt fehlte.

Aber vielleicht wird im Kriegsfall der „Führer" seine „Gefolgschaft" im Betriebe mit Waffen und Reiterpferden ausrüsten und an ihrer Spitze hinter dem Führer Hitler, treu bis in den Tod, in den Krieg ziehen.

Die sozialistische Idee

Von **Marius Alter**

I.

Hendrik de Man hat mit seinem neuen Buche „Die Idee des Sozialismus" der Philosophie des Sozialismus bedeutende Anregungen gegeben und ihre zentralen Themen zu neuer Diskussion gestellt.*) Brauchen wir in unseren Tagen der Katastrophe eine Philosophie des Sozialismus, kann sie uns mehr geben als akademische Erörterungen? Halten de Mans Problemstellungen, aus der Welt des Intellektuellen-Sozialismus vor dem Januar 1933 geboren, dem Sturmjahre stand? Hierauf kann man nur antworten: gerade weil der proletarische Sozialismus auf seine Anfänge zurückgeworfen ist, erhält die radikal weltanschauliche Fragestellung für ihn neue Bedeutung. Als „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie" wurde der proletarische Sozialismus seiner selbst bewußt. Indem er sich auf diese seine Grundlagen besinnt, reinigt er sich heute von vulgärmarxistischer Verknöcherung. Er gewinnt die Elastizität wieder, seine Ueberlegenheit über die kläglich gleichgeschalteten Modephilosophien auch wirklich zu betätigen. Nur eine gewisse Formelstarrheit konnte diese Ueberlegenheit einer neuen, noch dazu denkträgen Generation verhüllen.

Hendrik de Man hat in seinem früheren Werke „Zur Psychologie des Sozialismus" einen theoretischen „Neusozialismus" vertreten, der seine antimarxistischen Seiten polemisch hervorkehrte. Es lag ihm damals daran, wie auch das Vorwort zu dem neuen Buche rückschauend betont, statt eines Revisionismus eine wirkliche „Reformation" ins Werk

*) Hendrik de Man. Die sozialistische Idee. Jena 1933

zu setzen. Heute sieht er mindestens den Zusammenhang stärker mit den „prophetischen" Ursprüngen der Marx-„Kirche", die er zu sprengen suchte. Damals nahm er als Psychologe gegen eine geschichtsphilosophische und ökonomische Kategorienlehre Stellung, auch dort, wo sie keineswegs ein formelhafter Schematismus war. Er setzte zuweilen subjektive Stimmungen gegen echte Sachgehalte. Indem er mit dem jetzigen Werke zur Philosophie des Sozialismus fortschreitet, wird er, um eine kantische Wendung zu gebrauchen, wieder stärker Marxist im Weltbegriffe, keineswegs allerdings im Schulbegriffe des Wortes.

II.

De Man geht den beiden wirklichen Kernfragen einer Philosophie des proletarischen Sozialismus zu Leibe. Gibt es erstens neben dem, was Marx „Ideologien" als Ueberbau über Klasseninteressen nennt, „Ideen" im Sinne der philosophischen Tradition? Welche Beziehung besteht zweitens zwischen sozialistischer und bürgerlicher Kultur, sozialistischer und bürgerlicher Idee? Diese zweite Frage ist auch von großer politischer Bedeutung, da in ihr das Verhältnis von Sozialismus und Liberalismus, besonders akut geworden durch die faschistische Niederschlagung beider, zur Diskussion steht. Welchen Sinn hat eigentlich heute unser Kampfruf „Freiheit!", welchen Sinn kann er haben in einer Periode höchster ökonomischer Abhängigkeit, des kapitalistischen Niederganges, des Absturzes der Demokratie und der faschistischen Triumphe?

Man muß de Mans geschlossenen Gedankengang zunächst einmal wiedergeben, ohne dem Autor gleich kritisch ins Wort zu fallen. Die grundlegende These, die zugleich eine entschiedene Wendung gegenüber marxistischen Gedankengängen bedeutet, ist diese: die echten Ideen sind geistige Produktivkräfte und gehören als solche zum tragenden Unterbau der geschichtlich-gesellschaftlichen Welt. Die Ideen sind als geistige Produktivkräfte der materiellen Technik an Bedeutung für den Gang der Geschichte ebenbürtig. Sie sind von den Ideologien unterschieden, die zum Ueberbau der klassenmäßig gegliederten Produktionsverhältnisse gehören. Die Ideen stehen im Verhältnis wechselseitiger Bedingtheit mit den materiellen, technischen Produktivkräften einer Epoche. Diese Bedingtheit aber ist etwas anderes als die Abhängigkeit von bestimmten Klasseninteressen. Es fehlt den Ideen die zweckhafte Angepaßtheit an die Interessen, die den Ideologien eigentümlich ist. Echte Ideen haben vielmehr ihren autonomen Schwerpunkt in sich, sie können deshalb auch aktiv gegen die Interessen reagieren, sie schöpferisch umgestalten. Im Gegensatz etwa zu dem Standpunkte K. Mannheims kennt also de Man echte revolutionäre Ideen, die von „Utopien" als den interessebedingten revolutionären Ideologien unterschieden sind. Die Gegenüberstellung von Idee und Ideologie wird bei de Man mit der von Kulturproduktion und Kulturkonsum und damit zugleich mit der von Kultur und Zivilisation verknüpft. Ideen sollen den Ausdruck der Kulturproduktion, Ideologien den Ausdruck des Kulturkonsums darstellen. Ideen sind Erzeugnisse einer schöpferischen

geistigen Haltung, sie werden zu Ideologien, wo eine nicht produzierende, auch kulturell nur konsumierende Schicht sich ihrer bemächtigt. Zivilisation ist unschöpferisch gewordene Kultur, ein Inbegriff erstarrter geistiger Produkte, — das ist ein von Rousseaus Tagen bis zu Spengler und Jaspers bekannter Begriff der Zivilisation. Neuartig ist bei de Man die Deutung dieser erstarrten Kulturprodukte als Gegenstände der bloßen Konsumtion. Der alte kulturphilosophische Gegensatz wird hier mit der Entgegensetzung der kulturellen Produktivkräfte (Ideen) und der kulturellen Konsumgüter (Ideologien) in Verbindung gebracht, mit Kategorien, die aus einem reformierten Marxismus übernommen sind. Wenn in sozialen Revolutionen die materiellen Produktivkräfte gegen die Produktionsverhältnisse rebellieren, so bestehen geistige Umwälzungen in der Rebellion der Ideen gegen die Ideologien, der geistigen Produktivkräfte gegen ihre eigenen, im Kulturkonsum verschlissenen und abgenützten Produkte.

Ein charakteristischer Exponent für diese Gedankengänge ist das Problem der Intellektuellen, deren Beziehung zur sozialistischen Idee de Man stets beschäftigt hatte. Eine sehr geringe Minorität der Intellektuellen produziert Kultur, arbeitet schöpferisch für die Entwicklung der kulturellen Produktivkräfte. Ihre übergroße Mehrheit ist Kulturkonsument oder arbeitet, richtiger gesagt, unmittelbar im Dienste der bloßen Kulturkonsumtion. Nicht die Intellektuellen dieser Art sind „freischwebend", d. h. eine von Klassenbindungen losgelöste Schicht, nur für „den Intellekt" als solchen kann diese Bezeichnung gelten.

Von den entwickelten Voraussetzungen aus nimmt de Man die Auseinandersetzung zwischen bürgerlicher und sozialistischer Idee, bürgerlicher und sozialistischer Kultur vor. Die bürgerliche Kultur erscheint ihm älter als der Kapitalismus, die eigentliche bürgerliche Kultur- und Ideenproduktion fällt in die vorkapitalistische Periode. Das „Arbeitsbürgertum", das mit seinem Berufsethos die neuzeitliche Epoche heraufführt, wird vom „Besitzbürgertum" unterschieden. Jenes verkörpert bürgerliche Kultur, dieses bürgerliche Zivilisation. Die spezifisch bürgerliche Kulturidee aber ist die des Humanismus, der aus der Antike stammende Gedanke des autonomen, von himmlischer und irdischer Tyrannei befreiten, zur Ganzheit seiner möglichen Entfaltung strebenden Menschen. Der proletarische Sozialismus will die konsequente Durchführung dieser humanistischen Idee sein: er ist realistischer Humanismus, indem er die irreal gewordene bürgerliche Kulturidee aus den spekulativen Himmeln auf die gesellschaftliche Erde zurückholt. Er ist konsequenter und totaler Humanismus, indem er den Menschen innerhalb der Sphäre seiner materiellen Produktion befreien und von der Tyrannei der ihm verdinglicht gegenüberstehenden Arbeitsprodukte erlösen will. Mit dieser Haltung eben geht er der erstarrten bürgerlichen Zivilisation gegenüber zu den Ursprüngen bürgerlicher Kultur zurück. Die Kontinuität der Ideenproduktion wird durch die sozialistische Idee hergestellt. Mit der Betonung dieser Kontinuität weist de Man auf die gemeinsame Wurzel eines noch nicht besitzbürgerlich-kapitalistisch ver-

fälschten Liberalismus und des proletarischen Sozialismus hin. Trifft doch auch der Haß des neumittelalterlichen, neubarbarischen Faschismus Liberalismus und Sozialismus gemeinsam, bekämpft er doch mit Wildheit den Sozialismus als konsequenten Fortsetzer der liberalen Tradition.

III.

Eine kritische Auseinandersetzung mit de Mans Gedanken muß an seine Verbindung des Gegensatzes von kulturellen Produktivkräften und Kulturkonsum mit dem Gegensatz von Idee und Ideologie anknüpfen. Trotz fruchtbarer Ansätze besteht hier eine gewisse Unklarheit, ja Zweideutigkeit. Ein Begriff erhält seinen prägnanten Sinn durch den Bezug auf einen ihm entsprechenden oder entgegengesetzten Begriff. Dem Begriff der materiellen Produktion korrespondiert der der Konsumtion. Da für den Verbrauch produziert wird, kann die Konsumtion nicht als geringerer Wert der Produktion gegenüber gestellt werden. Zwischen materieller Produktion und materieller Konsumtion besteht nicht die Beziehung eines Wertgegensatzes. Dagegen enthält der Begriff des Schöpferischen auf geistigem Gebiete einen Wertgegensatz zum nur aufnehmenden Verhalten und erst recht zur Verfälschung von Kulturgütern in ihrem Konsum. Gewiß wird auch auf geistigem Gebiete für den Verbrauch produziert, aber das organische Verhältnis von Produktion und Konsumtion wie es de Man zum Beispiel für die Epoche des ursprünglichen Arbeitsbürgertums behauptet, kann sich wandeln. Abnützung kann die Kulturgüter zu Zivilisationsprodukten verfälschen. Bei all diesen Erwägungen aber ist doch der Wertbegriff der Produktivität in einer anderen Sphäre beheimatet als der Begriff der materiellen Produktion. Man kann nicht von jenem Wertbegriffe des „Schöpferischen" den Begriff geistige Produktivkräfte ableiten, die mit denen der materiellen Produktivkräfte zusammen den Unterbau der geschichtlich-gesellschaftlichen Welt bildeten. Auf der materiellen Ebene gibt es keinen Konflikt zwischen Produktion und Konsumtion, sondern nur den zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Auf der ideellen Ebene bildet der Konflikt zwischen Produktivität und Produkt, zwischen Schöpfung und Konsum die unvermeidliche sogenannte „Tragödie der Kultur". Die radikal-philosophische Fragestellung nach dem Wesen des „Schöpferischen" und die radikal soziologische nach der Beziehung von Idee und Interesse können nicht durch die Formel geistige Produktivkräfte auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Es ist hier außerdem einzuwenden, daß es sich bei den geschichtlich wirksamen Ideen in ihrem Gegensatze zu den Ideologien um eine Art ethischer Produktivität handelt. Die Unabhängigkeit von Wertsetzungen, von bestimmten praktischen Postulaten gegenüber den gesellschaftlichen Interessen, ihr Unterschied gegenüber anderen interessebedingten Wertsetzungen steht zur Debatte. Das besonders geartete Problem der ethischen Produktivität ist nicht mit der allgemeinen Kategorie des Schöpferischen zu bewältigen. Es geht bei der Entgegensetzung von Idee und Ideologie um das Lebensrecht

eines praktischen Idealismus, nicht so sehr um die Möglichkeit eines „schöpferischen" wie eines „wahrhaftigen" Bewußtseins.

Im Rahmen dieses Artikels können diese Probleme nur angedeutet werden, sie verdienen eine ausführliche Diskussion. Jede Weiterbildung sozialistischer Philosophie wird de Mans fruchtbare Ansätze zu berücksichtigen haben.

Auch die politische Haltung der Schrift, die vor der Katastrophe geschrieben ist, ist nach ihrem Eintreten zu bejahen. De Man ist von der Selbstaufhebung jedes Reformismus in einer Situation überzeugt, die Entscheidungscharakter trägt, in der jede Reform notwendig ins Revolutionäre umschlagen muß. Seine Betonung der ursprünglichen schöpferischen Kräfte des Geistes wird ohne Konzessionen an den Mythos für eine Jugend anziehend sein, die nach sozialistischem Glauben verlangt. Und de Mans Forderung nach einem sorgfältig ausgearbeiteten sozialistischen Generalstabsplan für den Fall einer erneuten Machtübernahme bildet die realistische Ergänzung seines ethisch und idealistisch orientiert bleibenden Sozialismus.

Geistiger Verfall

Von **Karl Falk.**

Politische Isolierung, wirtschaftliche Autarkie, geistige Selbstgenügsamkeit und moralisch jenseits der europäischen Humanität! Das Bild Hitler-Deutschlands ist vollständig. In Zeiten schlimmster Zersetzungen hat es immer seltsame Uebertreibungen gegeben. Das Flagellantentum des Mittelalters ist aber nur ein schwaches Vorbild jener Torturen und Kasteiungen, denen sich das gleichgeschaltete geistige Deutschland tagtäglich aussetzt. Die Selbstgeißelung war Aufopferung, persönlichste Hingabe an Leid und Schmerz, war zur Ekstase getriebene Selbstzerfleischung. Es löst auch selbst noch in seinen krankhaften Erscheinungen einen gewissen Respekt aus. Das Flagellantentum des geistigen Hitlerdeutschlands aber ist Feigheit und Schwäche, ist Selbsterniedrigung, die dadurch nicht sympathischer wird, daß sie in das hohlste Lumpenpathos eingehüllt ist. Welche Worte würde wohl Nietzsche, der von den Nationalsozialisten zu ihrem Leibphilosophen Erhobene, über das heutige Deutschland gefunden haben, wenn er schon in seiner Zeit dem nationalen Deutschland zurief:

> „Man muß es in den Kauf nehmen, wenn ein Volk an nationalem Nervenfieber und politischem Ehrgeiz leidet, mancherlei Wolken und Störungen über den Geist ziehen; z. B. bei den Deutschen von heute bald die antifranzösische Dummheit, bald die antijüdische, bald die antipolnische, bald die christlich-romantische, bald die wagnersche, bald die teutonische, bald die preußische, und wie sie alle heißen mögen, diese kleinen Benebelungen des deutschen Geistes und Gewissens."

Was würde Nietzsche erst gesagt haben angesichts der Tatsache, daß im heutigen Deutschland diese „Benebelungen des Geistes und des

Gewissens" sich zu einer simultanen Rekordleistung zusammengefunden haben? Die stolze deutsche Philosophie von einst läßt sich auf dem Magdeburger Philosophenkongreß von einem Ministerialrat ohne Widerspruch sagen: „Die neue Hochschule wird auf jeden Fall nicht aus dem Geiste der Philosophie, sondern aus dem Geiste der SA und der entschiedenen Studentenschaft erwachsen." Und auch der Schüler Diltheys, Eduard Spranger, schweigt dazu, feiert aber dafür in verständnisvollem byzantinischem Gleichschritt mit dem Nationalsozialismus in der wissenschaftlichen Zeitschrift „Die Erziehung" das „neue Erwachen des deutschen Idealismus gegen jene Weltanschauung, die seinem tiefsten Gehalt entgegengesetzt war, und die man kurz meist als Materialismus oder als Marxismus gekennzeichnet hat." Es ist, als ob alle philosophische Terminologie auf den Kopf gestellt wäre. Der Nationalsozialismus, eine idealistische Weltanschauung!?

„Im Blute allein liegt sowohl die Kraft als auch die Schwäche des Menschen begründet. Völker, die auf die Erhaltung ihrer völkischen Reinheit verzichten, leisten damit auch Verzicht auf die Einheit ihrer Seele in allen ihren Aeußerungen. Die Zerrissenheit ihres Wesens ist die notwendige Folge der Zerrissenheit ihres Blutes, und die Veränderung ihrer geistigen und schöpferischen Kraft ist nur die Wirkung der Aenderung ihrer rassischen Grundlagen. — Die Rassefrage gibt nicht nur den Schlüssel zur Weltgeschichte, sondern zur Geschichte der menschlichen Kultur überhaupt."

So interpretiert Adolf Hitler die nationalsozialistische Philosophie. Das ist aber nach der bisherigen wissenschaftlichen Terminologie ganz p r i m i t i v e r n a t u r a l i s t i s c h e r M a t e r i a l i s m u s, Rückfall in die Primitivität des dogmatischen philosophischen Dilettantismus. Weiß das Herr Spranger nicht, der eine ganze Generation junger Studenten die Geschichte der Philosophie lehrte? Und wissen das die anderen Philosophen nicht? Sie wissen es ebenso gut wie die Juristen, die gehorsamst vor Herrn Dr. Frank stramm stehen, wenn er auf dem Juristentag verkündet:

„Recht ist, was Deutschland nützt. Wir bekennen uns offen dazu, daß wir in jedem Recht nur das Mittel zum Zweck sehen, einer Nation die heldische Kraft zum Wettstreit auf dieser Erde zu sichern. Das Recht untersteht also dem Rassebegriff, die Rasse ist die schöpferische Substanz eines Volkes und die einzige wesentliche Voraussetzung ihrer Dauer. Aufgabe des Rechts ist es, die Rasse in jedem Sinne zu schützen... Adolf Hitler wollen wir ewige Treue schwören, Adolf Hitler kann sich auf seine Juristen verlassen!"

D a s kann er allerdings, die Kette der Justizmorde der deutschen Richter aus Klassenhaß und Rassenwahn beweisen das! Der Marxismus hat die historische Bedingtheit des Rechtsbewußtseins und seine Abhängigkeit von der Ideologie der herrschenden Klasse in klassischen Analysen aufgezeigt, um zur befreienden Idee eines klassenfreien Rechts einer klassenbefreiten Gesellschaft zu führen. Die Rechtsdiktatoren à la Frank zerstören den Rechtsboden j e d e r Gesellschaft. Es ist die schwere Schuld der deutschen Rechtsgelehrten, daß sie schweigend dulden, wie

sich anarchische Willkür noch hinter dem Pathos einer scheinidealistischen Doktrin verstecken kann. 15.000 deutsche Juristen verkaufen ihre Verantwortung vor der Geschichte für das Linsengericht ihrer persönlichen Sicherheit. Die bürgerliche Welt hat es wirklich verdient, zugrunde zu gehen.

Wo Philosophie und Rechtslehre ihre Befehle empfangen, da darf natürlich auch nicht die „demütige" Theologie fehlen. Der deutsche Protestantismus ist schon immer eine Religion für die Bedürfnisse der jeweils herrschenden Mächte gewesen. Die Wendung Luthers von der Augustinischen Freiheit eines Christenmenschen zur politischen Unterwerfung unter die weltliche Gewalt ist für den Protestantismus in Deutschland charakteristisch geworden, und es klingt beinahe wie ein historischer Widerspruch, wenn einige liberale Theologen in Marburg, Berlin und Bonn sich gegen den jetzt nationalsozialistisch gewordenen Protestantismus wenden und erklären, daß „gemäß dem neuen Testament die christliche Kirche eine Kirche aus Juden und Heiden" sei und „für die Zugehörigkeit zu ihr allein der Glaube und die Taufe maßgebend" sei.

Sie bleiben Rufer in der Wüste, da sie nicht nur den Arierparagraphen, sondern auch die rückhaltlose Unterwerfung unter den nationalen Staat ablehnen, weil sie dadurch „die an Gottes Wort und das glaubende Gewissen gebundene Unabhängigkeit der Geistlichen in ihrer Verkündigung und Seelsorge verlieren würden."

Auch im katholischen Lager werden ab und zu die Stimmen laut, die es nicht vergessen haben, daß bis vor kurzem päpstliche Enzykliken und bischöfliche Hirtenbriefe die nationalsozialistischen Rassen- und Staatstheorien für gottlos erklärt haben. Aber was nützen derartige Gewissensbedenken gegenüber der Tatsache des Konkordats und der Unterwerfung der deutschen Bischöfe vor Adolf Hitler? Und doch! Sie werden den gläubigen Katholiken anschaulich den elenden Opportunismus einer Kirche zeigen, die auf ihre sittlichen Grundsätze verzichtet um weltlich machtpolitischer Vorteile willen. Der Nationalsozialismus treibt Schindluder mit der christlichen Religion, er ist die Verhöhnung jeder christlichen Ethik und die Kirchen beider Observanz fürchten den Nationalsozialismus mehr als Gott. Dieses Treiben ist die beste weltliche Schulung. Noch flüchtet sich Lessings „Nathan der Weise" in das Ghettotheater, das Hitlerdeutschland den Juden unter Ausschluß jeglicher arischer Beteiligung in Berlin gnädigst gewährt hat, aber der große Gedanke duldsamer Menschlichkeit bricht überall durch, wo der moralische Ekel den gleisnerischen Schein der nationalsozialistischen Moral zerfressen hat. Auch das sittliche Deutschland ist nicht ganz ausgestorben. Selbst Konzentrationslager und Exil sind keine Mittel, um dieses wirkliche Erbgut völlig im deutschen Volke zu vernichten. Durch seine Philosophen gründlich von der „idealistischen" Heuchelei geheilt, von seinen Juristen um sein Recht betrogen und von seinen Theologen um sein Glaubensgut gebracht, wird aus den Lebensbedürfnissen des arbeitenden Volkes der alte sozialistische Zukunftsglaube, die Sehnsucht

nach Recht und Gerechtigkeit und der Wille zur praktischen Philosophie, d. h. zur revolutionären Gestaltung der Gesellschaft, sich unwiderstehlich neu bahnen.

Inzwischen aber tobt sich der zerstörende Sadismus der Nationalsozialisten auch dort aus, wo er scheinbar aufbaut und organisiert. Dem Nationalsozialismus fehlt eben schlechthin jede schöpferische Tat. Selbst die Vergangenheit ist für ihn nur die Vorratskammer, um für seine heldischen Massenkomödien Kostüme zu entleihen.

Große Bewegungen haben auch immer starke pädagogische Impulse ausgelöst. Was hat das ignorante Stammeln eines Schemm mit Pestalozzi und Fichte zu tun, deren Namen er gerne bei Festreden zitiert, weil er sie einmal im Volksschullehrerseminar gelernt hat! Was haben die geistvollen Schriften Kriegks mit der Erziehungspraxis der Nationalsozialisten zu tun? Die Emanzipation der Erziehung wurde durch Rousseaus „Emile" vorbereitet und bis auf den heutigen Tag wirken diese Grundlagen nach. Die Sozialpädagogik unseres Jahrhunderts hat in Pestalozzi und Humboldt einen fruchtbaren Ausgangspunkt. Gerade in der Nachkriegszeit gewann der große Gedanke einer aus gesellschaftlicher Wirklichkeit zum sozialen Ideal sich durchringenden Erziehung die stärksten theoretischen und praktischen Impulse. Die Befreiung der Jugend zu einer eigenen organisierten Bewegung, die schöpferische Kraft der Erziehung der Kinder durch eigenes Wollen und Schaffen im gesellschaftlichen Lebens- und Wachstumsraum, für den die sozialistische Kinderbewegung einen besonders ausgeprägten Typ darstellt, all diese verheißungsvollen Anbauflächen des pädagogischen Neulandes einer werdenden Gesellschaft sind unter den Landsknechtsstiefeln des nationalsozialistischen Barbarentums zertrampelt.

Die Kinderfreundebewegung ist verboten. Die schönste Jugendherberge, das Schloß Hohnstein, ist zu einem der brutalsten Konzentrationslager umgewandelt worden. Einstmals saß abends bei niedergehender Sonne wandernde Jugend, die sich mitten in den Nöten der Zeit ein Lebensrecht und einen bescheidenen Lebensraum erobert hatte, auf den Mauern dieser Burg, schaute sinnend ins Land hinaus und träumte beim Lautenspiel. Heute kauern in den einstmals so trauten Jugendherbergen Gefangene, junge und alte. Marxisten und Juden, gefesselt oder unter schärfster Bewachung hinter Schloß und Riegel. Und wenn sie hören, wie in später Nacht ein Kahn über die Elbe setzt, dann erfaßt sie ein Grauen. Sie erwarten die betrunkenen Sadisten, ihre Vorgesetzten und Peiniger zugleich.

Sozialisten haben einstmals das Jugendherbergswerk aufgebaut, doch die Nationalsozialisten haben die Herbergen für die sozialistische Jugend gesperrt.

Was ist in den neun Monaten des Hitlerregiments geschehen, um die wichtigen Anfänge eines Einheitsschulwesens auszubauen? Einheitlich ist nur das Exerzierregiment, die Erziehung zum Haß, das braune Kostüm mit dem Seitenmesser im Gürtel. Einheitlich ist die Brutalität gegen Juden- und Marxistenkinder, die man zum Singen des Horst-

Wesselliedes und zu nationalsozialistischen Bekenntnissen zwingt. „Ich weiß wohl, daß wir gewisse Generationen nicht erfassen können, aber wir werden ihnen die Kinder nehmen", hat Adolf Hitler gesagt. Der Gedanke, daß eine ganze Generation mit allen Mitteln des Drills und der Brutalität in die Enge und Unfruchtbarkeit nationalsozialistischen Denkens hineingezwungen werden soll, gehört mit zu dem Furchtbarsten dieser furchtbaren Zeit.

Das blühende deutsche Reformschulwesen erstickt in der Diktaturatmosphäre des Kasernenhofes. Das Berufsschulwesen, das wesentlich im letzten Jahrzehnt ausgebaut wurde, wird dem Spießertum der Handwerkskammern und dem Ausbeutertum der Großindustrie geopfert. Seit 1931 setzt wiederum die Vermehrung der Schulentlassenen ein, die durch den Geburtenrückgang der Kriegsjahre stark nachgelassen hatte. Ostern 1933 sind mehr als eine halbe Million 14jähriger aus den Schulen entlassen, 1934 werden es wesentlich mehr sein. Sie werden die Zahl der Erwerbslosen nicht nur vermehren, sondern sie werden ohne jede Bindung an Arbeit und Gesellschaft die gefügigsten Opfer der politischen Verwahrlosung werden.

Sozialisten haben das neunte Schuljahr gefördert und für einen Schulaufbau bis zum 16. Lebensjahre die praktischen Vorarbeiten geleistet. Der preußische Kultusminister aber hat den Gemeinden die Kosten für einen weiteren Schulbesuch verweigert. Nichts hört man mehr von all den fruchtbaren Anfängen einer einheitlichen Verbindung von Volks- und Berufsschule.

Die Buchhändler klagen über den katastrophalen Rückgang des Bedarfs an wissenschaftlichen Büchern, aber Hitlers Buch „Mein Kampf" erlebt zwangsweise Millionenauflagen.

Die Jugend ist in jedem Stadium zwangsorganisiert. Selbst die katholische Jugend muß das ihr im Konkordat gesicherte Recht auf Eigenorganisation aufgeben. Wo einstmals die Jugend sich in freiem Ringen formte, da gibt es jetzt nur ein großes Zuchthaus. Es gibt nur noch die militärische Jugendzucht- und -fürsorge. Die deutsche Jugendbewegung ist tot, und in einer Schrift mit dem charakteristischen Titel „Schluß mit der jungen Generation" hat ihr der Nationalsozialist Karl Rauch den Grabstein gesetzt:

„Von nun an baut Männertum den Staat auf und Besonnenheit, Reife und Maß... Jugend ist Vorbereitung auf künftige Männlichkeit, Jugend steht vor der Heimkehr in staatliche, nationale und völkische Bindung. Heutige Jugend hat nicht mehr die Wurzellosigkeit, sondern etwas wie umfassende Gemeinsamkeit der geistesgeschichtlichen Antrittsposition, und der Einheit des innersten Erlebnisses der Aufgabe im Volk. Das quälend Zerstörerische ist von ihr genommen, das Fehlen des Maßstabes und des Vorbildes..."
„Nach Beendigung des Klassenkampfes Schluß mit dem Kampf der Generationen und an dessen Stelle Einordnung der gesamten Jugend in Volk und Staat als Stand der jungen Mannschaft, die der Führung der Männer vertraut, deren Werk der neue Staat ist."

Adolf Hitler hat den Schluß der Revolution angeordnet. Rauchs Buch

wider die Jugend stammt aus demselben Willen. Gesellschaft aber läßt sich nicht kommandieren und erst recht nicht die „junge Mannschaft". Der Rausch der Feste verfliegt, das graue Elend des Alltags bleibt. Nietzsche sagt einmal verbittert in Jenseits von Gute und Böse: „Man heißt uns nicht umsonst das tiusche Volk, das Täuschevolk". Wir lieben es nicht, politische und gesellschaftliche Zustände aus dem sogenannten Volkscharakter abzuleiten. So sehr die Charakterisierung Nietzsches auf Hitler und seine feudalen und kapitalistischen Oberschichten zutrifft, so sehr wir die typische Verlogenheit eines gewissen Professorentums aus der Vorkriegs- und Kriegszeit kennen, so wissen wir doch, daß auch der jetzige Zustand Deutschlands nur der Reflex seiner ökonomischen Anarchie ist. Oekonomische Anarchie wird zur gesellschaftlichen Anarchie, schafft auch seinen anarchischen Ueberbau.

Der große Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung hat einen furchtbaren Rückschlag erfahren. Die Katastrophe unserer Bewegung kann der Anfang der Katastrophe unseres Kontinents sein. Sie k a n n es nur sein, sie m u ß es nicht sein. Das Proletariat erlebt seinen Aufstieg in steten Rückschlägen und Katastrophen, das unterscheidet die proletarische Revolution von der bürgerlichen. Die kapitalistisch-bürgerliche Welt geht an ihren Widersprüchen auf jeden Fall zugrunde. Sie kann in diesen Untergang auch die freiwerdenden Kräfte, die Möglichkeiten einer neuen Gesellschaft hineinziehen. Doch das hängt von diesen neuen Kräften ab. Während des hochkapitalistischen Aufstiegs hatte sich die Arbeiterbewegung zu sehr einem optimistischen Reformismus hingegeben und sich allzu große Illusionen über die Möglichkeiten von Erfolgen und den Bedingungen des Kampfes gemacht. Der Nationalsozialismus hat diese Illusion restlos zerstört, und die Erbärmlichkeit der jetzigen deutschen Geistigkeit und der Tiefstand seiner moralischen Heuchelei sind der Weckruf für die lebendigen Kräfte der Arbeiterklasse, die nicht mit den Arbeiterorganisationen liquidiert ist. Durch das Elend seiner materiellen Lage wird das Vertrauen zur nationalsozialistischen Heilslehre in den Haß gegen seinen immerwährenden Betrug umschlagen. An der Erkenntnis seines Zuchthauszustandes wird der Wille zur Emanzipation wieder lebendig werden. Keine Demagogie wird mehr mit Scheinsozialismus locken und mit nationalsozialistischen Befreiungsideologien täuschen können. Die sozialistische Revolution wird die Emanzipation der Arbeiterklasse vollenden. Die neue Gesellschaft bereitet sich trotz alledem auch in Hitlerdeutschland vor.

GLOSSEN

Hoffnungslos.

Ende Januar fand das XIII. Plenum des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale statt; die wichtigste internationale Instanz der Kommunisten, die sich bisher mit den Ereignissen in Deutschland zu beschäftigen gehabt hätte. Was hat man nun in Moskau dazu zu sagen? Folgendes:

Es muß zugegeben werden, daß die Kommunistische Partei Deutschlands vor dem Machtantritt Hitlers

hauptsächlich durch die Schuld Neumanns, der damals in der Führung war, in ihrer Agitation unter den breiten Volksmassen wenig Aufmerksamkeit dem Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag schenkte, obwohl die Unzufriedenheit dieser Massen über den Versailler Knechtungsvertrag sehr groß war. Nicht die Kommunistische Partei Deutschlands, sondern die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten haben zu demagogischen Zwecken diese Unzufriedenheit in ganz Deutschland ausgenützt und sind bereits 1928 mit der Forderung der Volksabstimmung gegen den Youngplan aufgetreten. Anstatt vor den Massen die Initiative im Kampf gegen Versailles zu übernehmen, wenn auch in der Form einer Volksabstimmung gegen den Youngplan, und sie dabei darüber aufzuklären, daß nur ein Sowjetdeutschland im Bunde mit dem Proletariat der anderen Länder dem Versailler Joch ein Ende machen wird, gleichzeitig einen entschiedenen Kampf gegen die chauvinistische Aufhetzung der Massen durch die Nationalsozialisten zu führen, stellte sich die Kommunistische Partei Deutschlands ironisch zu dieser von den Deutschnationalen und Nationalsozialisten aufgestellten Forderung. Die Zahl der Unterschriften, die für die Volksabstimmung aufgebracht wurde, und dann die Stimmabgabe zeigten, daß die Forderung der Deutschnationalen und Nationalsozialisten einen ziemlich breiten Widerhall unter den kleinbürgerlichen Massen und möglicherweise auch unter einem Teil der Arbeiter gefunden hatte.

Auf diese Weise haben die deutschen Kommunisten sich nicht nur nicht als Initiatoren dieser Bewegung erwiesen, sondern der Teil der Bevölkerung, der für den Antrag der Deutschnationalen stimmte, faßte diese Stellung der Kommunistischen Partei zur Volksabstimmung so auf, als ob die Kommunisten keinen Kampf gegen den Versailler Vertrag führen wollen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands führte in nicht genügendem Umfang, nicht hartnäckig und tief genug die Kampagne gegen die Weimarer Koalition und hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie, gegen alle ihre Maßnahmen zur Verschlechterung der Lage der Arbeiter und Bauern (Lohnabbau, Abbau der Arbeitslosenunterstützung, Ruin der Bauern durch Steuern, Schulden usw.)

Wer das sagt? Kein nebensächlicher Parteibeamter, sondern O. Pjatnizki (nach der parteiamtlichen „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung", 3. Jahrgang, Nr. 7, S. 240.)

Es entspricht allen Reden, die auf dieser Tagung des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale gehalten worden sind — sowohl von russischen wie von deutschen Kommunisten, die sich in nichts unterscheiden. Es ist die Lehrmeinung der kommunistischen Internationale.

Das klingt wie im Vormärz. Das redet und redet, als ob in Deutschland noch Brüning regierte und Torgler fleißig im Reichstag Reden schwingen könnte. Der 30. Januar, der 5. März, die Niederwerfung des deutschen Proletariats, die Jagd auf die Marxisten, die ganze deutsche Katastrophe zählt in den Augen der Moskauer Bürokratie nichts. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie sei nicht „hartnäckig und tief genug" geführt worden. Daran lag's — Hoffnungslos! S.

BUCHBESPRECHUNGEN

Gerhart Seger: Oranienburg. Mit einem Geleitwort von Heinrich Mann. Verlagsanstalt „Graphia", Karlsbad 1934. 76 Seiten. Preis 10 Kč.

Es ist der erste authentische Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten, der hier der Oeffentlichkeit unterbreitet wird. Man spürt aus jeder Zeile dieser Schrift, daß der Verfasser gewaltsam an sich hält, um nicht seinen Zorn, seine leidenschaftliche Empörung über die Zustände in den deutschen Konzentrationslagern in die Welt hinauszuschreien. Er zwingt sich, obwohl die Erinnerungen an die sechsmonatige Haft in der Hölle von Oranienburg und an die soeben überstandene abenteuerliche Flucht in ihm noch nachzittern, einen ruhigen, sachlichen Bericht zu schreiben. „Ich schwöre — schreibt er in der Einleitung —, daß ich nach bestem Wissen und Gewissen die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde." Ohne Pathos, fast leidenschaftslos schildert er den Alltag im Konzentrationslager, die völlige Rechtund Schutzlosigkeit der „Schutz"haft-Gefangenen, den Sadismus der Befehlshaber, die Roheit und Gemeinheit der Ueberzahl der SA-Wachen, die Folterungen bei den Vernehmungen, die barbarischen Strafen in den eigens hergerichteten „Steinsärgen", die Mißwirtschaft und Korruption bei der Lagerverwaltung, die seelischen Torturen, denen die Gefangenen und ihre Angehörigen unterworfen werden, und sonstiges mehr. All das rundet sich zu einem Bilde, das nicht nur für die zahlreichen Konzentrationslager, sondern für das ganze Reich Adolf Hitlers symbolisch ist und über welches der Verfasser mit Recht die Worte aus Dantes „Inferno" setzt: „Die Ihr hier eintretet, lasset alle Hoffnung draußen!"

Die Schrift Segers, deren Manuskript er als Strafanzeige gegen die namentlich angeführten SA-Verbrecher an den Reichsjustizminister, den Oberreichsanwalt, den Stabschef der SA usw. gesandt hat, ist eine Anklage gegen das System der Gewalt, dem Zehntausende unschuldige Menschen in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches ausgesetzt sind. Möge sie das Gewissen der Welt aufrütteln helfen, die sich noch immer nicht ihrer Pflicht bewußt geworden ist, im Namen der Menschlichkeit den Kampf gegen das neu erstandene Barbarentum im Herzen Europas aufzunehmen. Viator.

Justinian: Reichstagsbrand. Verlagsanstalt „Graphia", Karlsbad 1934. 47 Seiten. Preis 7 Kč.

Justinian faßt in seiner Schrift die juristischen und politischen Ergebnisse des weltbewegenden Prozesses zusammen, von dem nur die erste Phase jetzt abgeschlossen ist. Seinen endgültigen Abschluß wird der Prozeß erst finden, wenn die deutsche Justiz, aus ihrer Verstrickung mit dem System der Ehrlosigkeit und rohen Gewalt befreit, in der Lage sein wird, die wirklichen Schuldigen an dem Verbrechen zu eruieren, das an der Wiege der Hitler-Diktatur steht. Deshalb bedeutet die Darstellung der Zusammenhänge und politischen Auswirkungen des Prozesses, die wir in der Schrift Justinians finden, einen Teil jener großen Aufklärungsarbeit, die vollbracht werden muß, um mit den Urhebern des Verbrechens vom 27. Februar 1933 die Schuldigen an der Versklavung Deutschlands der geschichtlichen Verantwortung auszuliefern.

Viator.

Herausgeber: Ernst Sattler. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn. Druck: Graphia, Alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. im P. D. Zl. 159.334 VII-1933.